

Vom Tage

Kämpfen und geschloffen liegen, das ist die Lösung der revolutionären Opposition in den Gewerkschaften.

Wenig wie die reformistischen Führer die kapitalistische Rationalisierung unterstützen und dadurch zur Erhöhung der Unternehmerrente mitgeholfen haben, ebenso liegen sie sich jetzt im Interesse der Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitalismus der Lohnpolitik der Unternehmer. Die kapitalistische Wirtschaft soll nicht durch größere Lohnsätze gefährdet werden. Das ist aber nur möglich, wenn eine gewisse Stabilisierung der Gewerkschaften erreicht wird, indem die Gewerkschaftsleitungen vor allem die Interessen der qualifizierten Arbeiter vertreten, weil sie glauben, mit deren Hilfe besser ihre arbeitgemeinschaftliche Politik durchsetzen zu können.

Die Erfahrung der Berliner Werkzeugmacher lehrt aufs neue, daß es nicht genügt, in den Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen richtige Forderungen zu beschließen, sondern, daß es notwendig ist, den Kampf in den Betrieben so zu organisieren, daß trotz der Sabotage und gegen den Willen der reformistischen Führer der Kampf für die Arbeiterforderungen durchgeführt werden kann. Ohne die Mobilisierung der Belegschaften, ohne zentrale Kampforganisation in jedem Betrieb, ohne die Wahl von gewerkschaftlichen Streikleitungen durch die Belegschaften der Betriebe, ist es nicht möglich, den Kampf gegen die Schlichtungspolitik zu führen, die tatsächlich Haub des Streikrechts bedeutet. Nur auf diesem Wege wird es möglich sein, den Willen der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder gegenüber den reformistischen Arbeitsgemeinschaftspolitikern durchzusetzen und die Gewerkschaften zu Organen des Klassenkampfes zu machen.

Die imperialistischen Kriegsrüstungen der Reichswehr

Kanlagerebe des Genossen Schneller — Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zur SPD. für Groener und seine Reichswehr

(Eig. Draht.) Berlin, 16. März.

In der Reichstagsführung vom Donnerstag sprach als erster der Genosse Schneller: Im vergangenen Jahre sind in Deutschland und den übrigen kapitalistischen Ländern, der Arbeiterschaft deutlich erkennbar, imperialistische Rüstungen durchgeführt worden, die unzweifelhaft mit der britischen Offensive gegen die Sowjetunion zusammenhängen. Zugleich hat sich der Völkerbund stärker als bisher als ein Instrument zur Einziehung der Sowjetunion und der internationalen imperialistischen Aufrüstung bemerkbar gemacht. Alle die Abrüstungskonferenzen mit ihren Eicherungskommissionen dienen lediglich der Verschleierrung der Ziele des Weltimperialismus. Die Abrüstungsparole der Sowjetunion in dem begehrten eifigen Mienen und höhnischer Ablehnung bei den Imperialisten. Deutschlands „Abrüstungsbestrebungen“ bezwecken lediglich, Freiheit der Aufrüstung. Sehr offen hat das Reichswehrminister Groener am 29. Mai 1927 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ gesagt:

„Die deutsche Politik wird aus den Anstrengungen der Franzosen den Schlag ziehen, daß es ihre wichtigste Aufgabe ist, dem deutschen Volke die Freiheit seiner Landesverteidigung wieder zu verschaffen.“

Derselbe Groener forderte im Anschluß die Schaffung einer internationalen Konvention, die die Bindungen des Versailler Vertrages aufhebe. Das ist der klare Kurs des deutschen Imperialismus.

Die starken Töne, die Groener für den Kampf gegen die „illegalen Selbständigkeiten“ geäußert hat, bedeuten den Plan auf legalen Wege unter Führung der imperialistischen Schwächlinge die Aufrüstung fortzuführen.

Der Wehretat ist von 1924 bis 1928 von 455 Millionen auf 705 Millionen gestiegen. Von den reichs-eigenen Ausgaben der Reichsregierung in Höhe von 1,7 Milliarden nimmt der Reichswehretat 40 Prozent in Anspruch. Der Prozentfuß erhöht sich auf 45, wenn man die Rüstungsausgaben in anderen Haushaltskapiteln berücksichtigt. Da sind 10 Millionen für

Umstellung der Rüstungsindustrie

30 Millionen für Pensionen an ehemalige Reichswehrangehörige, mindestens 30 Millionen von den 65 Millionen für Luftfahrt, so daß 73 Millionen für Rüstungszwecke angewandt werden. Demgegenüber

Im preussischen Landtag wurde gestern das kommunistische Wahltrauendvotum gegen das Kabinett Braun abgelehnt.

Nach einem gestern gefassten Beschluß des Kabinetts wird die Regierung bei der am Montag stattfindenden halbtägigen Debatte über den Einwohnern-Viel dem Verlangen der Arbeiterpartei auf weitere Untersuchung nicht nachgeben.

Ueber das Schicksal des Fliegers Dinkelhoff liegen noch keine authentischen Nachrichten vor.

Im der Sozialetat vom Jahre 1920 bis 1928 von 1100 auf 635 Millionen gesenkt worden. (Hört, hört! bei den Komm.)

Während für soziale Zwecke kein Geld zur Verfügung steht, werden für neue Panzerkreuzer in den nächsten Jahren insgesamt gegen 500 Millionen angefordert werden. (Hört, hört! bei den Komm.)

1923 hat die SPD. das Bestehen der Schwarzen Reichswehr zur Sprache gebracht. 1924, 1925 und 1926 dementierte Herr Geiler alle Enthaltungen, 1927, beim Treckow-Prozess, wird endlich die

Existenz der Schwarzen Reichswehr zugegeben.

Genau so ist es beim Hoebus-Scandal. Jetzt werden die Enthaltungen der SPD. für erfunden bezeichnet, wobei der sozialdemokratische Gehilfe Groeners, Hermann Müller-Franke, eifrig mitwirkt.

Bei der Schwarzen Reichswehr hatte man die Schulz, Klapproth, Fuhrmann und Stein vorgesehen, damit die Reichswehr gedeckt sei. Jetzt ist es der Kapitän Lohmann mit seinen Organisationen, der von dem Reichswehrminister vorgeschoben wird. Der Grundgedanke dieses Systems ist:

Alles ist erlaubt, bloß das Ermischenlassen nicht.

(Sehr wahr! und Pekteteit bei den Komm.)

Mit Hilfe der Lohmann u. Co. und seiner Organisationen werden Umstellungen von Industrien auf die Herstellung von Kriegsmaterial angebahnt. Es gibt ungefähr 30 verschiedene Gesellschaften für diese Zwecke.

Wassenschreibungen sind in großer Anzahl erfolgt. Die Schreibungen nach China wurden zwar offiziell bestritten; trotzdem hat man Hamburger Needer brieflich angewiesen, die Wassenschreibungen einzuliefern. In Kiel wurden Wassenschreibungen zunächst dementiert, und dann als Schrott an eine Waffenlieferung der Reichswehr bezogen.

In der Marokko-Affäre kamen Wassenschreibungen der Reichsmarine in Gefahr, von einer anderen Macht beschlagnahmt zu werden; durch Eingreifen Englands wurden die Wassenschreibungen wieder freigegeben!

Immer noch werden Mobilisierungslisten durch Kreisoffiziere geführt. In Berlin wird der Bahnschutz durch Reichswehr ausgebildet.

Die Entpolitizierung der Reichswehr sieht so aus, daß z. B. beim Infanterieregiment Nr. 9 die Instruktion erteilt wird: Die Kommunisten sind alle Verbrecher, bei Unruhen kann es nur gegen die Kommunisten gehen. Hier im Reichstag schwächen die Sozialdemokraten von der Entpolitizierung der Reichswehr. Nur kein Wohlrecht für die Soldaten, damit sie den Herren des Trustkapitals recht schön gegen das Proletariat und für einen neuen imperialistischen Krieg zur Verfügung stehen. Hier stellen sich die Sozialdemokraten völlig auf die Seite des neuen deutschen Imperialismus und Militarismus.

Die Stellung der Kommunisten ist klar. Wir kämpfen gegen die Reichswehr als Teil unseres Gesamtkampfes gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Diktatur. Unser klares Ziel ist der Arbeiterstaat, die proletarische Diktatur, die sich auf eine rote Armee stützt.

Die Soldaten der Wehrmacht müssen erkennen, daß sie für die Zwecke des deutschen und internationalen Kapitals mißbraucht werden. Sie müssen kämpfen für die Vertretung ihrer eigenen Klasseninteressen, für das Wahl- und Koalitionsrecht und für die Erweiterung der Rechte ihrer Vertrauensleute. Die Soldaten dürfen sich nicht von der Arbeiterchaft abkapseln, sondern sich mit ihr verbünden zum gemeinsamen Kampf für den Sieg des Proletariats.

Nationalsozialist Strasser bezeichnet die Kriegsdienstverweigerer für Schule, Lumpen und Achtgroßjungen der

Damenspartei. Der Wilmse Henning rebet in ähnlichen Tönen Groener erklärt, die zahlreichen Selbstmorde beruhten auf dem Zwang zur zwölfsährigen Dienstzeit. Die Offiziere müßten eine einheitliche vaterländische Gesinnung haben und würden deshalb durch Vorträge politisch informiert!

Bei der Abstimmung zeigt sich erneut die Einheitsfront der Bürgerlichen und Sozialdemokraten. Die Front von den Deutschen, nationalen bis zur SPD. lehnt sowohl den Militärausgang antrag der Kommunisten gegen Groener als auch die Streikung des Gehalts Groeners ab. Die Bürgerlichen und die SPD. stimmen gemeinsam die zahlreichen Streikungsanträge der Kommunisten und die kommunistischen Anträge auf Streikung der Arbeiterpartei der Mittel nieder. Die SPD. stimmt mit den Bürgerlichen selbst für die Million Mark für den Geheimfonds, den sie noch 1928 abgelehnt hat. Die SPD. lehnt mit den Bürgerlichen den kommunistischen Antrag auf Gewährung des Wahl- und Koalitionsrechts der Reichswehrsoldaten ab, obwohl Herrmann Müller (SPD.) auf der Tagung der II. Internationale in Zürich selbst diese Forderung erhob.

Ubergangsbestimmungen der Arbeitslosenversicherung um 3 Monate verlängert

Das Schicksal der Arbeitslosenversicherung noch ungewiß

(Eig. Draht.) Berlin, 16. März.

In der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses erfolgte die Weiterberatung über das Schicksal der Arbeitslosenversicherung.

Genosse Ströbel wandte sich scharf gegen die beabsichtigte Ausdehnung der Befugnisse der Landesarbeitsämter. Schon jetzt mache sich die Verwaltungsbehörde Rechte an, die im Gegensatz zum Gesetz stehen. Die kommunistischen Anträge, allen Arbeitslosen, die die Anwartschaft nicht erfüllt haben, oder deren Anspruch auf Unterstützung erschöpft ist, ist die Arbeitsunterstützung in Höhe der Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, wurde von allen anderen Parteien abgelehnt. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Ubergangsvorschriften des Arbeitslosenversicherungsgesetzes auf drei Monate verlängert sind und der Reichsarbeitsminister ersucht wird, auf Vorschlag der Vorstehenden der Landesarbeitsämter eine Ausdehnung der Arbeitsunterstützung auf weitere Berufsgruppen für solche ertlich begrenzten Begriffe zuzulassen, in denen infolge außergewöhnlicher Ereignisse oder Umstände ein langanhaltender schwerer Mangel an Arbeitsmarkt besteht. Im übrigen bleibt alles vom Reichsarbeitsminister überlassen. Wegen der Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und Bayerische Volkspartei wurde der Bescheid des Reichsrats abgelehnt, daß das Reich die gesamten Kosten zu übernehmen hat.

Bereits 117 Ing nieure und Techniker im Donezgebiet entlassen

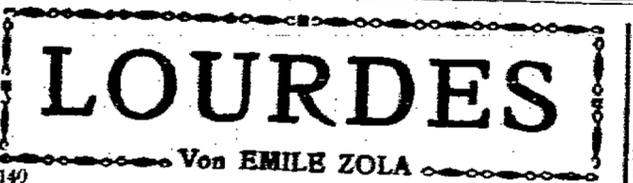
U. Nowo, 16. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, sind im Donezgebiet bereits 117 Ingenieure und Techniker als unzuverlässig entlassen worden.

Die mit der Untersuchung der Deutschen-Affäre betrauten Regierungskommissare Dubnow und Schmidt werden sich heute abend zur Berichterstattung nach Moskau zurückbegeben.

Kleine politische Nachrichten

Zu der Dammbrech-Katastrophe in Kalifornien. U. New York, 15. März. Nach einer Meldung aus Los Angeles wird amtlich die Zahl der bei der Katastrophe in Kalifornien um Leben gekommenen Personen auf 300 angegeben. Man rechnet, daß die Opfer sich auf mindestens 400 erhöhen werden. Die Ursache der Katastrophe ist noch ungeklärt, aber unter der Bevölkerung der anliegenden Distrikte verbreitet sich die Behauptung, daß ein Konstruktionsfehler vorliegt. Einige Tage vor dem Unglück war bereits auf den anliegenden Farmen von Konstruktionsfehlern die Rede gewesen.

Der österreichische Bundespräsident bei Hindenburg. U. Berlin, 15. März. Der Präsident des österreichischen Bundesrates, Universitätsprofessor Dr. Fugelman, wurde heute vormittag vom Reichspräsidenten in längerer Audienz empfangen.



Mit halbblauer Stimme erzählte der Doktor vollends die ganze Geschichte, wie man das Grab des Kuraten Peyramale verfolgte, nachdem man ihn und sein Werk verfolgt hatte. Unverkümmelt war eine Hüfte des Kuraten besehene, und fromme Hände unterhielten vor derselben die kleine Flamme einer Lampe. Als aber einmal eine Frau mit dem Gesicht auf die Erde fiel und sagte, sie habe die Seele des Verstorbenen erblickt, da gerieten die Patres von der Grötte in Aufregung. Sollten sich etwa Wunder ereignen? Schon brachten einige Kurate ganze Tage auf den Bänken vor dem Grabe zu. Andere knieten dort, küßten den Marmor und stießen am ihre Heilung. Das war ein Schrecken! Wenn diese Leute gesund würden, und die Grötte einen Konkurrenten beläme in diesem Märtyrer, der mitten unter allen, von den Mauerwerk zurückgelassenen Werkzeugen so einsam dasag! Da verstellte die der von der Sache verdächtige, durch die Patres bearbeitete Hüfte von Lourdes die Besorndung, die die Kirche mit dem Interdikt belegte, jeden Gottesdienst am Grabe des vormaligen Kuraten von Lourdes sowie jede Wallfahrt und Prozession zu bewachen verbot. Wie es bei Bernadette geschah, war nun auch das Aukendeln an den Abbé Peyramale geachtet; nirgends sah man offiziell ein Bild von ihm. Es erbittert die Patres von der Grötte den lebenden Mann verfolgt hatten, ebenso erbittert verfolgten sie das Gedächtnis des großen Toten. Sie verfolgten ihn bis in sein Grab. Sie allein verhinderten es und verhinderten es noch heute, daß die Arbeiter an der Kirche wieder aufgenommen werden; sie legen diesen Vorhaben fortwährend Hindernisse in den Weg, weil sie sich weigern, ihre reiche Erde milder Saken zu teilen. Und es ist klar, sie erwarten, daß die eindringenden winterlichen Regenfälle das Werk der Zerföhrung vollenden, daß die Gewölbe und Mauern mit der ganze riesige Bau auf das Marmorgrab auf den Schutt des Verlegens herabstürzen, damit er darunter zerplatzt und zergraben werde!

„Ach“, murmelte der Doktor, „und ich habe ihn so tapfer, so rührend beschreiben für alle diese Worte gelohnt! Und jetzt, Sie haben es, jetzt regnet es auf ihn!“

Wahiam ließ er sich auf die Knie nieder und beruhigte sich in einem langen Gebet.

Pierre, der nicht beten konnte, blieb stehen. Ihn hatte in seiner Reue eine solche Bewegung erfaßt, daß sein Herz überströmte. Er hörte, wie die Tropfen, vom Gewölbe herabfallenden Tropfen nacheinander in langsamem Rhythmus auf dem Grabe zerplatzten, und sie schienen in dem tiefen Schweigen die Sekunden der Ewigkeit zu zählen. Er gedachte des ewigen Glanzes dieser Welt, auf der immer die Besten zum Leiden auserwählt sind. Die zwei großen Arbeiter unserer Lieder Jean von Lourdes, Bernadette und der Abbé Peyramale, lebten wieder auf vor ihm als zwei bellagene Opfer, die man im Leben gemeinigt und nach ihrem Tod verdammt hatte. Gewiß, das hätte den Säubern in ihm noch vollends getötet; denn Bernadette war, wie am Ende seiner Untersuchung jetzt gefunden hatte, nur ein menschliches Wesen, eine mit allen Schmerzen beladene Schwärze. Nichtsdestoweniger aber wehte er ihr einen kalt brüderlicher Zärtlichkeit. Und zwei Tränen rollten langsam über seine Wangen.

Fünfter Tag

L

In dieser Nacht konnte Pierre im Hotel des Apparitions wieder kein Auge schlafen. Nachdem er im Hospital vorgesprochen, um sich nach Maries zu erkundigen, die seit ihrer Rückf. von der Prozession einen tiefen, künftigen und kräftigen Kindesstimmchen schlief, hatte er sich, über das Nichterscheinen des Herrn von Guercjaint demütig, selbst zur Ruhe begeben. Er erwartete ihn spätestens zum Morgen, zweifellos hatte ihn ein Unfall in Savarais zurückgelassen, und er dachte an die Qual des jungen Mädchens, wenn ihr Vater sie am nächsten Morgen nicht umarmen würde. Bei diesem so lebenswichtig anstehenden Ratte mit dem Vogelgehirn waren alle Vermutungen, alle Befürchtungen möglich.

Vielleicht hatte diese Kurie zurecht allem schon genügt, um Pierre trotz seiner großen Müdigkeit noch zu erhalten. Dann aber hatte der nächste Morgen in dem Hotel wahrhaft unerträglich Dimensionen angenommen. Der nächste Tag der Frühling war zur Abreise bestimmt; es war der letzte Tag, den die nationale Pilgerschaft in Lourdes verbringen sollte, und zweifellos benutzten die Wallfahrer begierig die Stunden; sie lauzen von der Grötte, lehrten mitten in der Nacht heimlich zurück und veränderten, dem Himmel durch ihr Treiben ihre Wünsche abzutropfen, ohne irgend welcher Ruhe zu beschämen. Die Kurie wurde zurückgelassen, die Türe erwiderte, das junge Haus ätzte wie unter dem abgelassenen Salopp einer Menschenmenge. Noch darum.

nicht hatten die Mauern von so hartnäckigen Gultenansässen, von so dumphen, undeutlichen Stimmen einen Widerhall gegeben.

Pierre, den die Schlaflosigkeit im Banne hielt, fuhr jählings emper und erhob sich mit dem beständigen Gedanken, es müsse Jerr von Guercjaint sein, der nach Hause käme. Mehrere Minuten lang langste er in fieberhafter Erwartung, aber er vernahm nur den außergewöhnlichen Lärm auf dem Fuß, aus dem er nichts Deutliches heraushörte. Waren es links der Priester, die Mutter und ihre drei Kinder, die Familie der alten Leute, die an den Möbeln herumspielten? Oder war es vielmehr rechts die andere, so liberale zahlreiche Familie, oder der alleinlebende Herr, die junge, alleinlebende Dame, welche unbegreifliche Ereignisse in Abenteuer fürstent? Einen Augenblick sprang er aus dem Bett und wollte das leere Zimmer seines abwesenden Gefährten untersuchen, denn er war seit überzeugt, es gingen arge Dinge in demselben vor.

Aber er mochte noch so aufmerksam lauschen, er verstand hinter der dünnen Scheidewand nichts weiter als das zarte Flüstern zweier Stimmen, die mit liebender Leichtigkeit sprachen. Plötzlich kam ihm wieder Frau Solmar in den Sinn und fröstelnd legte er sich wieder nieder.

Endlich bei Tagesanbruch schlief Pierre ein, als harte Schläge, die an die Türe dröhnten, ihn aufwachen ließen. Diesmal täuschte er sich nicht, eine starke, angsterfüllte Stimme schrie:

„Herr Abbé, Herr Abbé, machen Sie, bitte, auf!“

Es war ganz gewiß Herr von Guercjaint, den man mindestens drei nach Hause brachte. Entsetzt eilte er im Hemde an die Türe, um zu öffnen, und sah seinen Nachbar, Herrn Vigneron, vor sich.

„O, bitte, Herr Abbé, bleiben Sie sich schnell an. Man bedarf Ihres heiligen Dienstes.“

Nun erzählte er, daß er eben aufgestanden sei, um auf seiner Uhr, die er auf den Kamin gelegt habe, nach der Zeit zu sehen, als er aus dem Rebenzimmer, in dem Madame Chaife lag, herzzerreißende Schreie vernahm. Aus Artigkeit, um mehr mit ihnen bestimmen sein zu können, hatte sie die Verbindungstür offen gelassen. Natürlich war er gleich herbeigekürzt, hatte die Jalousien aufgezogen und Licht und Luft hereingelassen.

„O, weh, ein Schauspiel, Herr Abbé! Unglück! arme Tante lag auf ihrem Bett, schon halb blau, mit aufgesperrtem Munde, ohne Atem schöpfen zu können, die krampfhaften Hände zwischen die Decken gepreßt. Sie bekrachten, es ist ihre Herzkrantheit. Kommen Sie, kommen Sie schnell, Herr Abbé, um ihr zu helfen, ich bitte Sie (Fortsetzung folgt.)“

Oberschlesien

Barmais und andere Geldgeber

Gleiwitz

Gute Leistungen bei den Arbeiter-Samaritern. Uns wird geschrieben: Am Montagabend fand die ständige Monatsversammlung der hiesigen Arbeiter-Samariter-Gesellschaft, nach einer Stunde praktischen Unterrichts, welcher bewies, daß der neue Lehrgang das Gebiet der ersten Hilfe tadellos beherrscht, in der Kalkbadtschule statt. Anschließend wurden die Tagesordnungen besprochen. Es folgte die Verlesung der letzten beiden Niederchristen. Zum Massenbericht wurde beschlossen, daß derselbe jedes Vierteljahr bekanntgegeben werden soll. Unter Eingängen wurde seitens des Kreis 16 durch ein Schreiben noch einmal auf den Kreisstag, welcher am 24. und 25. März in Hirschberg, Hotel Strauß, stattfindet, besonders hingewiesen. Das Vollzeitspräsidium gab der Kolonne durch ein Schreiben bekannt, daß die Vollzeitsorgane sich über die Einrichtungen des Arbeiter-Samariterbundes informiert haben, um in Zukunft solche traurige Zustände, wie sie sich vorletztes Jahr zugetragen haben, zu vermeiden. Des weiteren kam ein Schreiben zur Verlesung, in dem die weiblichen Helferinnen aufmerksam gemacht werden, sich an dem Kursus zur Bekämpfung der Tuberkulose in Hagenfels zu beteiligen. Nach Bekanntgabe verschiedener anderer Schreiben an die Kolonne: seitens des Kreis 16 und West 12 folgte der Punkt Verchiedenes. Dem Antrag: Anschluß an die Arbeiter-Wohlfahrt wurde zugestimmt. Da die Tagesordnung erschöpft war und keine Wortmeldungen mehr vorlagen, schloß der erste Vorsitzende die Versammlung.

Straßenunfall. Infolge der Glätte auf dem Bürgersteig der Neubauer Straße stürzte am Montag, dem 12. März, ein Mann so unglücklich, daß er sich am Kopf schwere Verletzungen zuzug und bewußtlos liegenblieb. Er wurde nach Anlegen eines Notverbandes zur Behandlung von Arbeiter-Samaritern zu Dr. Wiska transportiert.

Autounfall. In den Abendstunden desselben Tages wurde die Unfallwache der Arbeiter-Samariter nach der Preßwitzer Straße 64 alarmiert, wo zwei Knaben von einem Auto, welches sich schleunigst und unerkannt aus dem Staube machte, überfahren wurden und schwere Verletzungen davontrugen. Zum Bewußtsein gebracht, und nach Anlegen von Notverbänden, konnte der eine der Verletzten zu Dr. Samuel geschafft und dann in seine Wohnung transportiert werden, während der zweite mittels fahrbarer Tragbahre nach dem städtischen Krankenhaus gebracht werden mußte. In drei weiteren Fällen leistete die Unfallwache der Arbeiter-Samariter die erste Hilfe, indem sie bei kleineren Verletzungen Notverbände anlegte.

Die nächste Provinzialauskunftsjahresversammlung der Provinz Oberschlesien findet am Mittwoch, dem 28. März, und die Provinziallandtagsversammlung am 2. April im Landeshaus in Ratibor statt.

Beuthen

Mobilmachung der Christen in Bobret

(Von unserem Arbeiterkorrespondenten.)

Am Montag fand in Bobret eine öffentliche Versammlung statt, zu der ein großer und kleiner Redner erschienen war. Der große Redner brachte Belege über die „große Produktion“ der Oberschlesischen Werke. Er kam aus Berlin und glaubte, in Oberschlesien wählten die Arbeiter nichts von der großen Produktion. O ja, Herr Kreil, ein jeder Schlepper weiß es!

Nur ein Glück, daß nur 15 Mann christlicher Arbeiter waren, die seinen Ausführungen lauschten. Auch erzählte der große „Redner“ (das war wohl der Zweck der „großen“ Versammlung), daß nur allein die Zentrumspartei sich für die Beamtenaufbesserung (Geschäft) eingesetzt hat. Nun war aus der Organisation auf einmal eine Partei. Nun, die Zentrumspartei ist alles, nur keine Arbeiterpartei.

Nun werden wohl auch die letzten 15 Mann eingesehen haben, wohin sie gehören — in die freien Gewerkschaften, denn es heißt jetzt kämpfen und nicht beten.

Anschließend noch ein kleiner Beweis, wie die Herren Zentrumsbearbeiter in Bobret arbeiten. Am Sonnabend las ich an der Tischgaulde „Dessentlicher Vortrag über Geschlechtskrankheiten“. Dieser sollte

am 10., 11. und 12. stattfinden; am 10. wurde der Vortrag abgehalten. Am 11., einem Sonntag — o Schred! — da mußten die Besucher zur Wahlpropaganda der Zentrumspartei herhalten. Das heißt, Wiber und Vortrag wurden nicht abgesetzt. Dafür war es ein Karillabereit. Man zahlte auch Eintritt und bekam dafür den Kirchenchor zu hören. Ein weiteres Beispiel auf der Wollsch-Johanna-Grube war vor einem Monat ein Aushang mit der Mitteilung, daß drei Pumpen auf geschicktem Wege entlassen wurden. Diese waren im Bergarbeiterverband organisiert. Der Verband lagte und verlor den Prozeß. Nun hatte ein Schmierstrolch und Arbeiterbetrüger nichts Elligeres zu tun, als darauf hinzuweisen, daß der Verband 800 M. weggenommen hätte. Der Schmierstrolch meinte wohl, man hätte ihm das geben sollen, dann hätte er es verlossen. Der Klassenbewußte Arbeiter weiß, daß der Verband Geld braucht, und nochmals Geld. Aber eins konnten die Arbeiter nicht verstehen, wie die Betriebsräte ein solches Plakat tagelang gebuldet haben. Ja, so etwas passiert nur auf einer christlichen Grube.

Ratibor

Palast-Theater. Ein neues Kinohaus wurde in der hiesigen Woche in Altendorf, Marienstraße, bei Janosch eröffnet. Es gelangte zur Erstvorführung der Film „Rivalen“ und „Wien, nur du allein“. Der Film „Rivalen“ zeigte das Leben der amerikanischen Goldgräberarmee in Ariz. Es wurde u. a. der Weltkrieg mit seinen verheerenden Kämpfen geschildert. In den Vordergrund wurde jedoch ein Liebesabenteuer der Kapitäne, welche um die Gunst eines Mädels stritten, gehoben. Auch das Stück „Wien, nur du allein“ war eine Kette von Liebesabenteuern. Wir hoffen, daß das neue Kino mehr Naturfilme und proletarische Filme zeigen wird, welche für die werktätigen Massen zugeschnitten sind.

Ueber Polarsonne und Gleichgewicht hielt der Volksbühnenbund einen Lichtbildervortrag ab. Er zeigte die Schönheiten von Spitzbergen, die Polarsonne sowie die Vulkanausbrüche. Der Redner schilderte die Entwicklungszellen der Erde bis zur Jetztzeit. Die Erde hatte öfters Klimawechsel zu übersehen, z. B. der Nordpol hatte früher eine wärmere Temperatur. Der Redner schlug festig die Werbetrommel für eine Reise in die Polarwelt. Ob die Proleten auch die notwendigen Moneten haben, untersuchte er nicht!

Ober-Glogau

Der Kirchenbiener muß Kumpeln gehen! In Ober-Glogau hat es der Pfarrer schon so weit gebracht, daß er seinen Kirchenbiener kumpeln schickt. Sollte er schon so arm geworden sein, daß er ihn nicht mehr bezahlen kann? Gewiß nicht! Denn in die Kirche fließt doch das Geld von allen Seiten. Aber trotzdem ist immer nichts da, es wird gebettelt. Erst am vergangenen Sonntag wurde gepöblt, die Männer sollen jetzt acht Tage lang keinen Schnaps trinken und das Geld dafür dem heiligen Joseph in den Kasten geben. Seit wann braucht der heilige Joseph Geld? Oder will etwa der Herr Pfarrer denjenigen, die Joseph heißen, zu ihrem Namenstage ein Geschenk geben? Na, dann meldet euch bei ihm!

Oppeln

Die Erlebnisse eines Wolgadeutschen. Jewellen versucht irgendein Schmol den heldenhaften Befreiungskampf des russischen Proletariats herabzuwürdigen und den ersten Arbeiter- und Bauernstaat zu begeißeln. Ein solcher „Ehrenmann“ mit Namen Dr. Antoni, tat dies in einer vom Volksverein für das katholische Deutschland abgehaltenen öffentlichen Versammlung so gründlich, daß er neben dem Beifall einer naiven engstirnigen Speiserverammlung das höchste Lob des Prälaten Pubis erntete. Dieser meinte, ein solcher Redner gehöre eigentlich auf die Kanzel. Wir sind ausnahmsweise der gleichen Meinung, denn ähnliche Märchengeschichten findet man sonst nur auf dem Rednerpult der Kirche. Wer ist dieser Dr. Antoni? Ein wolgadeutscher Konterrevolutionär und katholischer Fanatiker. Als die rote Armee siegreich vordrang, mußte dieser Held so schnell ihn seine

hat die Kommunistische Partei nicht. Sie ist auf die Sicherheit der Klassenbewußten Arbeiter angewiesen, die ihren Kampf gegen den Bürgerkrieg unterstützen wollen.

Gebt für den Wahlfonds der Kommunisten!

Seine tragen könnten, aus Rußland fliehen. In Deutschland erwacht er dann seinen Doktoritel. Soweit wir erfahren konnten, ist er erst seit einiger Zeit in Oppeln und in der hiesigen katholischen Bewegung aktiv tätig. Beim Oberschlesischen Bauernverein stellte er die Stelle eines Geschäftsführers. Nach vor Diers ist im großen Saal der Handwerkskammer ein ähnlicher Vortag stattfinden. Damit dieser laubere Herr Gelegenheit hat, seine Schauerreden einer größeren Zuhörerschaft aufzutischen. Er soll es ruhig tun. Es nimmt sich zum mindesten lächerlich aus, wenn ein kleiner Mops den Mond anblickt.

Von der Freien Turnerschaft. Am 17. März, um 10 Uhr, findet bei Borel, Gartenstraße 28, die ständige Mitgliederversammlung statt.

„Der Däml des Vaterlandes.“ Vor einigen Tagen ging ich auf dem Bahnhof Oppeln nachmittags zum Randgrüner Zug. Es kamen, wahrscheinlich vom Betteln, auch zwei Kriegsveterane mit. Ein Blinder, der andere mit zwei Holzstäben. Beide quälten sich durch den Tunnel, Treppen runter und wieder rauf. Helfen sie gegenseitig. Ein Bahnhofsbeamter guckte den beiden nach, wie sie sich abmühten. Die beiden schied sich abquälten, ankam ihnen zu helfen oder einen bequemeren Weg zu zeigen.

Achtung, Bauarbeiter! Am Sonntag, dem 18. März, findet um 10 Uhr, bei Jonek eine wichtige Mitgliederversammlung des Bau-Gewerksbundes statt.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Oppeln:**
- Freitag, 16. März, 10 Uhr, die Versammlung fällt aus und wird auf später verschoben.
 - Sonabend, 17. März, 10 Uhr, Versammlung C. 5.
 - Sonntag, 18. März, 10 Uhr, Berichterstatter- und Kolporteurversammlung im Schützenhaus.

Sonntag, 18. März:
Ratibor, Rote Hülse. Vorm. 10 Uhr Mitgliederversammlung Vokal „Kaisertrone“.

Roter Frontkämpfer-Bund

Oppeln. Sonnabend, 17. März, 10,30 Uhr, Bildungsabend im Schützenhaus.

Sonstige Organisationen

- Gleiwitz, Verband für Freiheitskämpfer und Feuerbekämpfung. Sonnabend 20 Uhr im Vereinslokal zum „Grünen Molke“, Bahnhofstraße 34, Zusammenkunft zur Besprechung der Tagesfragen. Gäste willkommen.
- Sosnizza, Verband für Freiheitskämpfer und Feuerbekämpfung. Sonntag 15 Uhr Mitgliederversammlung bei Kulawil. Gäste willkommen.
- Oppeln. Rote Hülse. Sonntag 15 Uhr im Schützenhaus Funktionärsversammlung.
- Hindenburg, Freie Arbeiter. Sonntag 15 Uhr im Gewerkschaftshaus Zaborske Mitgliederversammlung.

Verantwortlich: Für den politischen Teil: Kurt Dombrowski, für „Betrieb und Beruf“: „Halbtag“: Wilhelm Bierwald, für „Breslau“: „Görlich“ und die übrigen Beilagen: Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den ober-schlesischen Teil: Fritz Jendrowski, WdS. Gleiwitz, bei Intercate W. Gedde-Breslau.

Es ist ganz klar, daß Sie keine Ahnung von Margarine haben können, wenn Sie nie eine solche versuchen. Probieren Sie aber nur eine Qualitätsmargarine, denn das Beste ist für die Küche gerade gut genug. Die Feinstmargarine „Blauband“ frisch geküht, ver-eintigt in sich Nährwert, Schmelzhaftigkeit und Reinheit und wird in hygienisch einwandfreier Weise hergestellt. Sie zu versuchen muß Ihr erster Schritt sein. Also wohlgemerkt: Feinstmargarine „Blauband“ frisch geküht!

Webner's
Verkaufsstellen
empfehlen
gute und preiswerte
Fleisch- und Wurstwaren
Dienstag Ausnahmetag
in Mortadella

Vollkornbrot / herzlich empfohlen
B. Ulrich's Bäckerei, Weidenstraße 26

Betten, Federn, federdicke Matratzen
Bettwäsche usw.
Bewährte Qualitäten zu billigen Preisen
Zeitzahlung gestattet
Dampf-Bettfedern-Reinigung
A. Keller, Breslau
Friedr.-Wilh.-Str. 50, I. Etg.

Bäckerei / Konditorei / Bestellgeschäft
mit elektrischem Betrieb
Georg Zorowka, Breslau, Westendstr. 65

Dampfbäckerei
Franz Skorsetz
Breslau 2, Lohestraße 53
Ecke Sedaistraße
Telephon Stephan 3 465

Willst du dich vor Schäden schützen,
Mußt du als „Flink-schnell“ handeln

Fahrradhaus
Eximius
Reuschestraße 28

(im Hause Brauerel zum großen Meerschiff)
Riesen- usw. mod. Räder m. Garantie, Komp. 39.50, 42.50, 65.-, 80.-, 88.-, 98.-, 105.- und höher in allen Preislagen.
Eximius s. Ex. e. sior. Class. Pfeil, Bismarck, Aker, Hanne-Corvette e. c., Rahmen u. 15.51 aufw. in all. Preislagen, Frei a. f. Astoria 7.75, Badenia 9.50, Torpedo, Schlauche 95 Pf., De. ten 1.40, dito rot 3.25, Schlauch-ff. 5.75, Felge 0.95, Pumpenball 8 Pf., Glode 4 Pf., Schutzblei 78 Pf., Lenker 2.45 — Eno-me A. swabi in B. reilung
Sämtl. Zubehör. Bequeme Teilzahlung
Gebr. Räder werden in 24 Stunden reuommen!
radm. geleitete Reparatur-Werkstatt!

Gegen Husten und Heise kelt
nur „Ramentrost“
Beutel 30 Pfg.
Hermann Lektel, Breslau
Gottschalsstraße 17a

Musikhaus „Odertor“
Vinzenzstr. 59, Ecke Elbtingstr.
Separate Vorprobenräume

Sprechapparate u. Schallplatten
sow. Musikinstrumente aller Art
billigst in großer Auswahl
bei bequemer Teilzahlung

Lederjacken
Keine Combarware
Schuhe, Stiefel, Ulster, Wind-
jacken, kauft man billiger als auf
Verstellungen im
Lombardhaus, Salvatorpl. 3/4

Grünberg
Bettwäsche
in größter Auswahl
besonders preiswert
E. Herrmann
Grünberg, Berliner Strasse Nr. 57

Hirschberg
Empfehle preiswerte
Möbel, Polsterwaren
Spez.: Rücken, Zeitzahlung gestattet
Emma Kuhn
Hirschberg, am Brunnener Str. 17

Weißtein
Bäckerei und Konditorei
Karl Puschmann
Weißtein, Hauptstraße 62

Heinrich Brokol
Licht, Radio und Fahrräder
Weißtein, Hauptstraße 181

Striegau
Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei
Alfred Hainsch
Striegau, Jauerstraße 25

Groß-Biesnitz
Viktoria-Garten
Groß-Biesnitz
empfiehlt seine Lokalitäten zur
gefälligen Beachtung
speziell den neu renovierten
Saal zu Vereinsfestlichkeiten

Strehlen
Radio
Anlagen und
Grammophone
in allen Preislagen — Steng-reelle
und sachmännische Bedienung
Kostenlose Vorführung
aller Apparate bereitwilligst in den
Geschäftsräumen der
Radiofonbau-Gesellschaft m. b. H.
STREHLEN
Paul-Ehrlichstraße 14 (Nahe Ring)

Kolonialwaren
billigst!
WEINSTUBE
täglich geöffnet
F. Skupin
Strehlen: Ring 4

Görlitz
ft. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Arthur Warner
Görlitz, Poststr. 28

Backwaren
empfehlen
Bäckerei Richter
Görlitz, Breslauer Straße 12

Empfehle
Schweinefleisch den 30 Pf. an
Rindfleisch den 30 Pf. an
Wurstwaren im Hund billiger
Fleischer P. Fröhlich, Weiß
Untermarkt 22

Jeder Arbeiter kauft gut u. preiswert
in der Bäckerei von
Becker, Görlitz, Moldstraße 5
6 Prozent Rabatt

Ohne Preiserhöhung nach Anzahlung sofort im
Haus. Ausweis mitbringen!
Schuhe: Leder: Stiefel: Reparaturen
Schuh-Haus „Rekorde“
Gleiwitz, Kronprinzstr. 10
Hindenburg, Kronprinzstr. 10

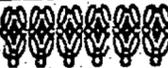
Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

3 Filmtage
Mittwoch, Donnerstag
und Freitag, täglich 5 und 8 Uhr
Das Meer
(Die Insel der Leidenschaft)
Palast und Festung (St. Petersburg)
Für Jugend verboten
Erwerbslose bis 5 Uhr 25 Pf., sonst Einheit-pl. 60 Pf.
Arbeiter-Sport-Kartell

Vereinigte Theater Breslau

Lobe-Theater
Von Sonnab., den 17. 3.
bis Freitag, den 23. 3.
täglich 20 Uhr
„Der Frauenarzt“
Sonnabend, den 24. 3.
20 Uhr
„Zwölftausend“
Sonntag, den 18. 3.
16 1/2 Uhr
„Ja kleinen Briefen
Das Kamel geht durch
das Nadelohr“
Dienstag, den 20. 3.
16 1/2 Uhr
„Ja kleinen Briefen
Woh dem, der lügt“

Thalia-Theater
Von Sonnabend, den 17. 3.
bis Sonnabend, den 24. 3.
täglich 20 Uhr
Festvorstellung anlässlich
des 100. Geburtstages
Genriß Hofers
„Die Wildente“
Sonntag, den 18. 3.
15 1/2 Uhr
„Der Hexer“
Kriminalstück von Edgar
Wallace



Stadttheater Breslau (Ebernhans)

Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 15
Hygiene auf Karis
Sonnabend, 17 Uhr
Cavalleria rusticana
hieraus
Der Bajazzo
Sonntag, 18 Uhr
Die Weibknecht von Nürnberg

Schauspielhaus
Operettenbühne
Breslau
Tel. Stephan 36300

Täglich 20 Uhr

Wiederankreten

Anny Ahlers

„Der
Zare-
witsch“

Sonntag
15 1/2 Uhr

„Die
Circus-
prinzessin“

Achtung! Neu einstudiert!
Zentral-Ballsäle
Westendstraße 5, 52
Jeden Freitag sowie Sonntag
Vornehmer Tanz

Fahrradhaus „Frisch-Auf“
Bundesgeschäft des Arb. Radl.-Bund. Solidarität
Fahrräder - Nähmaschinen
Sprechapparate - Wringmaschinen
sämtliche Zubehör
Reichhaltiges Lager Eigene Reparatur-Workstatt
Breslau, Nikolaistrasse 16/17

Alois Henschel & Co.
Milch-Großhandlung
u. Molkereiprodukte
Brunnenstraße 34 / Tel. Stephan 36785

Wilhelm Vogel
Kaufmann
Schuhwaren aller Art
gut und preiswert
Hinter-Wilh.-Str. 66 Gröbelscher Str. 19/21

Max Schönfelder

Kaffee-Rösterei : : Tee-Import
Waren-Verandhaus
und Wein-Großhandlung
Breslau 1, Albrechtstraße 56

Zum Sommersonntag

der Kinder goldnes Vorrecht, auf
Fingern des Geliebtes die Mildrätigkeit
aufzuzeichnen! Wenn der zunächst nicht
die Herzen rührt, dann - sobald sie
das schmelzende Lied anstimmen :
„Der Herr ist schön, der Herr ist schön,
die Frau ist wie ein Engel“ - öffnen
sich die Türen und die Geldbeutel.
Man kann ihnen aber auch Freude
bereiten mit Lederbissen, weshalb ich
mir getraute

mit besonderer Eindringlichkeit
darauf hinzuwirken
daß ich zu diesem Zwecke meine in
aller Erinnerung noch von vor
Weihnacht stehende

Leb- u. Pfefferkuchen-Ausstellung
wieder in machtvoller Aufmachung
habe erliegen lassen

Ich bitte in ganz fabrikmäßiger
Ware an:

Schokoladenherzen
5 Stk. 15 Pfg., 10 Stk. 29 Pfg.
50 Stk. 1.40 Pfg.

Leinwand mit weißer Glasur
1/2 Pfd. 34 Pfg., 1 Pfd. 66 Pfg.
5 Pfd. 3.20 Mk.

Spitzkugeln mit Schokoladenglasur
1/2 Pfd. 33 Pfg., 1 Pfd. 75 Pfg.
3 Pfd. 2.16 Mk., 5 Pfd. 3.50 Mk.

**Spitzkugeln dick mit Schokolade
überzogen**
1/2 Pfd. 55 Pfg., 1 Pfd. 1.05 Mk.
3 Pfd. 3.- Mk., 5 Pfd. 4.75 Mk.

Neisser Konfekt
1/2 Pfd. 4.- Pfg., 1 Pfd. 82 Pfg.
3 Pfd. 2.40 Mk., 5 Pfd. 3.75 Mk.

Neisser mit Schokolade
1/2 Pfd. 62 Pfg., 1 Pfd. 1.18 Mk.
3 Pfd. 3.40 Mk., 5 Pfd. 5.40 Mk.

Hochfeine Lederbissen mit Füllung
1/2 Pfd. 36 Pfg., 1 Pfd. 70 Pfg.
1 Pfd. 1.35 Mk., 3 Pfd. 3.90 Pfg.

**Hochfeine Eleganter Bombenplitter
mit Füllung**
1/2 Pfd. 36 Pfg., 1 Pfd. 70 Pfg.
1 Pfd. 1.50 Mk., 3 Pfd. 3.90 Mk.

Makronen mit Schokoladenüberzug
1/2 Pfd. 45 Pfg., 1 Pfd. 88 Pfg.
1 Pfd. 1.70 Mk., 3 Pfd. 5.- Mk.

Schokoladen-Bomben
per Stk. 9 Pfg., 10 Stk. 75 Pfg.
25 Stk. 1.85 Mk.

Ferner:
Prachtvolle Paterno-Äpfelchen
wunderbar vollständig und süß
das Dg. Mk. 1.-, 1.20, 1.50 u. 1.8
Die hier angeführten Früchte stehen
jetzt an der höchsten Entwicklung.

Voranzeige!
Am Sonntag, den 18. März, ver-
abschiede ich wieder in meiner
Breslau alle die rechtliche 56

Gratis-Kostproben
von meinem reinen, unversäurten
Bohnenkaffee
wogu ich erneut herzlich einlade.

Verkauf und Versand
an u r Albrechtstraße Nr. 56

Parteilgenossen!
Kauft nur bei den Inserenten
Eurer Zeitung

Berufskleidung

Eigenes Fabrikat
Gediegene Stoffe Saubere Näharbeit



Fleischer-
jackett 8⁰⁰
Konditor-
-Jacke 7⁰⁰

Fleischerschürze 1⁶⁵
Kochjacke 7⁰⁰
Kochhose 6⁴⁰
Kellnerjackett 6²⁵
Dienerjoppe 6⁹⁰
Malerkittel 4⁸⁰
Schriftsetzerkittel 6⁵⁰
Aerzte-Mantel 9⁰⁰
Schutz-Mantel 6⁰⁰
Monteur-Anzug 8⁰⁰
Frisörjackett 6²⁵
Frisör-Mantel 8⁷⁵

Lehrlings-Berufskleidung
in allen Größen zu entsprechenden Preisen.

Damen-Schutz-
mantel, Rohnessel 4⁵⁰
Damen-Berufs-
mantel, weiß Linon 5⁵⁰
Damen-Berufs-
mantel, schwarz Zeinell 6⁹⁰
Berufs-Schürze mit
lang. Arm., weiß Linon 5⁴⁰
Hauskleid
gestreift, Zephir 2⁵⁰
Servierkleid
schwarz Satin, lang. Arm. 7⁵⁰

Leinenhaus
Bielschowsky
Nikolaistr. 72/76 Breslau Ecke Herrenstr.

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch . . . Pfd. 0.70-0.80
Schweinehälften . . . 1.20
Schweine-Rotlett . . . Pfd. 1.10
Rindfleisch o. Knoch. Pfd. von 1.- an
Suppenfleisch . . . 0.80
Kalbfleisch . . . 1.00-1.20
Kaltfleisch o. Knoch. 1.20-1.50
Rindfleisch . . . 1.10-1.20
Frisches Schweinefleisch . . . 0.90-1.00
Frischer Speck . . . Pfd. 0.40
Lungenfett . . . 0.75
ausgebr. Schweinefett (deutsch) . . . 0.80
Gulohschfleisch . . . Pfd. von 0.80 an
Gehacktes . . . 0.80
Häusertopf (deutsch) . . . Pfd. 1.10
Gebr. u. ro. Schinken 1/2 Pfd. 0.45
Vachschinken 1/2 " 0.45
Pfeffer u. Mortabella 1/2 " 0.25
Vetwürst, Braunschweiger 1/2 " 0.25
Leberwürst, Pfefferwürst
und Knoblauchwürst Pfd. von 0.60 an
Polnische . . . Pfd. 0.80-1.-
Frischer Anrchnitt 1/2 Pfd. 0.40

Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Moltkestraße 13 / Fernspr. Nr. 2669

Oskar Schlesinger

Markthalle Ritterplatz
Feine Fleisch- und Wurstwaren
Stand 25/26



Das richtige Spezialgeschäft für Herrenstoffe

BRUNO ROEMISCH
Tuchgroßhandlung - Detail-Abteilung
Am Rathaus 24-25
Führ. Hans Meit
Part. u. 1. Elg.

**Sie verdienen
täglich**

10 Mark
mit Schokolade
für 1/2 Tag

Reste

u. Serge, Kette, Lein-
wand, Aermelhaare
Rohhaar, Gasa, Rindfleisch,
Kerzen, Erde,
alles jezt billig
zu haben
Bestell- und Lager
Berth. Lipperl
Breslau
Friedrichstraße 16
Tele. 86-1 u. 17
Wesgenbergstraße 43

*Putzband
für den Duft der Feinstoffwaren
„Blauband“ waren drei Punkte: die Verwendung
allerbesten Stoffe, die vorbildliche Verarbeitung der
Herstellung und das genial durchdachte Ausrüstungssystem.
In ihnen liegt die Garantie für Feinheit, Reinheit und
Haltbarkeit! Das selbe Prinzip muß für die Bekleidung
der Aufsteiger der Feinstoffwaren
„Blauband“ festgelegt!*

Gegen das Spiel mit dem Leben der Bergarbeiter

Kommunistischer Antrag zum Grubenunglück auf der Wenzelslaus-Grube

(Eig. Ber.) Berlin, 16. März.

Landtagsabgeordneter Genosse Schulz-Waldburg, der am Freitag voriger Woche auf dem Unglücksort in Welle bei Neurode war, brachte am Mittwoch im Preussischen Landtag untenstehenden Antrag ein. Der Antrag, welcher ohne Aussprache dem Ausschuss für Handel und Gewerbe überwiesen wurde, wird auf Antrag der kommunistischen Fraktion am 23. und 24. b. M. im Ausschuss für Handel und Gewerbe behandelt werden.

Ur Antrag

der Abgeordneten Pieck, Schulz-Waldburg, Schwenk, Berlin und der übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunisten:

Am 7. März 1928 ereignete sich im 5. Wilhelmstief auf dem Kunitzgrube-Schacht der konsolidierten Wenzelslaus-Grube in Welle bei Neurode infolge eines Kohlenäureausbruchs ein schmerzhaftes Grubenunglück. Hierbei wurden acht Bergleute und Beamte getötet. Weitere neun Bergarbeiter wurden schwer verletzt. Der Kohlenäure-Ausbruch und damit die Ursache des Unglücks ist zurückzuführen auf eine im Unglücksort in Betrieb gestellte Neustredenortriebsmaschine. Das Neberschleifische Steinkohlegebiet, vor allem das Revier Ost, ist in den letzten Jahren mehrmals von Kohlenäure-Ausbrüchen heimgesucht worden. Diesen Explosionen fielen im Jahre 1921 auf der Sophiengrube 11 Bergleute, am 1. April 1924 auf der Wenzelslaus-Grube 10 Bergleute, auf der Rubengrube im September 1925 5 Bergleute und am 7. Juli 1926 auf dem Kunitz-

gruben-Schacht 4 Bergleute zum Opfer. Wegen letzterem Unglück haben sich seit am 17. März 1928 neun Grubenbeamte wegen fahrlässiger Leitung zu verantworten. Die hierauf erlassenen Kohlenäure-Richtlinien wurden unverständlicherweise auf die Kohlenäure enthaltenden Flöze der Wenzelslaus-Grube nicht angewandt.

Nach den Bestimmungen muß vor allem in Anwesenheit der Bergleute vor Ort jegliche den Arbeitstisch erschütternde Tätigkeit unterbleiben. Trotz dieser Anordnung hat die Bergrevierbehörde Waldburg die Verwendung der mit Preßluft betriebenen Schrämmaschine gestattet. Die Folge hiervon war das neue Grubenunglück vom 7. März 1928, welches erneut 8 Tote forderte. Nach den bergpolizeilichen Bestimmungen muß in den kohlenäuregefährlichen Flözen in Abwesenheit der Bergleute vor Ort das gewaltsame Erschütterungsverfahren angewandt werden. Diese neuingeführte Neustredenortriebsmaschine sollte diese zeitraubende und für den Unternehmer kostspielige Maßnahme umgehen. Das Bergrevieramt Waldburg und die Direktion der Grube sind also in vollstem Maße für das Unglück verantwortlich zu machen.

Wir beantragen deshalb, der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, das Grubensicherheitsamt anzuweisen,

1. die Kohlenäurevorschriften auch für die Wenzelslaus-Grube in Anwendung zu bringen,
2. die Anwendung jeglicher den Arbeitstisch erschütternde Tätigkeit in Abwesenheit der Bergleute zu verbieten,
3. die schuldigen Beamten des Revieramtes Waldburg zur Verantwortung zu ziehen,
4. die Grubendirektion unter Anklage zu stellen.

Berlin, den 14. März 1928.

Am 31. März - Ablauf des Textilarbeitertarifs!

(Von unserem gewerkschaftlichen Mitarbeiter.)

Mit dem 31. März dieses Jahres läuft endlich der am 4. März 1927 mit den Textilindustriellen abgeschlossene, von den Arbeitern als unbefriedigend zu betrachtende Tarifvertrag ab. Gleichzeitig muß das Arbeitszeitabkommen, welches eine Arbeitszeit bis zu 53 Stunden wöchentlich unter gewissen Bestimmungen vorsah, zum 15. Mai dieses Jahres gelündigt werden. Wie bei allen Tarifverneuerungen der letzten Jahre benutzt die Textilunternehmer auch diesmal das wirtschaftliche Druckmittel der Produktionsabotage und schüchtern schlechten Geschäftsvorgang vor. Vor allem ist dies in der Leinenbranche zu beobachten, wo Köttereien (Schömburg) und Spinnereien (Faltis Erben) werden sollen oder umfangreiche Entlassungen vorgenommen oder Kurzarbeit bis zu 24 Stunden erfolgt. Daß diese Maßnahmen in erster Linie nur als ein Druckmittel gegen die Arbeiterschaft zu bewerten sind, beweist der Bedarf an Spinnarbeiterinnen in der Erdmannsdorfer Aktienspinnerei und das Einlenken der Firma Richard in Liebau aus Furcht vor Abwanderung geübter Arbeiterinnen. In der Woll- und Baumwollbranche herrscht bis auf wenige Ausnahmen noch recht flotter Geschäftsgang, so daß wechselschichtig gearbeitet werden muß und von der längeren als 45stündigen Arbeitszeit reichlich Gebrauch gemacht wird.

Die Arbeiterschaft, die unter dem Druckmittel schlechten Geschäftsganges wiederholt mit stiller Billigung der Gewerkschaftsvertreter ungenügende Tarifbedingungen schluden mußte, hat deshalb keine Ursache, wieder auf diesen Leim zu kriechen. Die Arbeiter der Textilbranche, welche sich immer mehr und mehr aus weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften zusammensetzt, hat alle Ursache, ernsthaft auf eine ausbreitende, den Verhältnissen Rechnung tragende Lohnerhöhung zu drängen, zumal fast alle Arbeiten in Spinnerei und Weberei im Akkord verrichtet werden müssen. Beträgt doch der Tariflohn (Bruttolohn ohne die gesetzlichen Abzüge) bei Vollarbeit (48 Stunden) für Facharbeiter im Alter von

14-16 Jahren männlich	10,22 Mark	weiblich	7,44 Mark
16-18 "	13,72 "	"	10,22 "
18-20 "	17,61 "	"	13,34 "
über 20 "	23,52 "	"	17,61 "

Für Nichtfacharbeiter drei Prozent weniger, bei Staffelnung nach Ortsklassen fünf Prozent weniger. Da in der Spinnerei für Sortierer, Spizer, Feinspinnerinnen, Garnbinder, Handhechler, Vorspinnerinnen, Trodenspinnerinnen, Kardierarbeiterinnen, Kremplerinnen, Weiserinnen, Maschinenhechler und -hechlerinnen fast durchgängig im Akkord gearbeitet wird, die Akkordberechnungen auf höchst Leistungen aufgebaut sind, kommt es, wie in den Webereien, vielfach vor, daß Akkordarbeiter und -arbeiterinnen trotz angeblicher Akkordzuschläge von 8 bis 14 Prozent noch unter obigen Sätzen verdienen. Durch die immer raffinierter ausgearbeitete Akkordberechnung ohne entsprechende Kontrollmöglichkeit durch die Arbeiterschaft und ihre Interessenvertretung (Betriebsräte und Organisationen) sind gerade für die Akkordarbeiter die letzten Lohnerhöhungen so gut wie illusorisch gemacht worden. Hier gilt es, entsprechende Sicherungen bei Neuabschluß von Tarifen zu treffen. Dazu kommt, daß in den Spinnereien Mehrleistungen ohne entsprechende Entschädigungen verlangt werden, in der Karderie bei Selbstanslegern auf zwei Maschinen, in der Vorspinnerei auf zwei Strecken, im Feinspinnereial auf zwei Seiten, in der Weberei auf drei und vier Stählen und in den Webereien durch Ueberarbeitszeit. In einer Zeit, wo Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen arbeitslos auf der Straße liegen und zu einer Gefahr für die im Produktionsprozess stehenden werden, liegt es im Selbstinteresse der Arbeiter und ihrer Vertretungsorgane, dagegen Front zu machen. Trotzdem in den noch geltenden Tarifverträgen bei Warten auf Material, bei Zustandslegung der

Maschinen oder sonstigen Unterbrechungen, die nicht als Erwerbslosigkeit im Sinne des Gesetzes zur Arbeitslosenversicherung gelten, und deren Ursache nicht in der Person des Arbeiters liegt, die Ausfallzeit im festgesetzten Zeitlohn zu vergüten ist, lehnen sich viele Textilarbeitgeber nicht daran. Wehnlich steht es um die Entschädigung bei Verarbeiten von schlechtem Material bis zum Tariflohn zuzüglich Akkordzuschlag.

Die Arbeiterschaft verlangt restlose Sicherung und Ausbau der Schutzbestimmungen zur Erhaltung ihrer Existenz. Mit Rücksicht darauf, daß die Löhne der schlesischen Textilarbeiter und -arbeiterinnen weit unter den Löhnen der Textilarbeiter anderer Bezirke stehen, daß die Lebensbedingungen durchaus nicht billiger als andernwärts sind, muß gefordert werden:

Rückzahlung des Tarifvertrages und des Manteltarifvertrages zum 31. März bzw. 15. Mai 1928.

Keinen Tarifabschluss ohne den Achtstundentag und die 46-Stunden-Woche.

Ballspiel mit Menschen

Fünf Staaten beteiligen sich an dem Match - Der Ball wird ins Zuchthaus getrieben

Prolet! Wo hast du deine Heimat? Die Erde ist in Fegen gerissen. Jrgendeine Faust hat überall ein Stück an sich gefasst und macht sich nun das Recht an, auf diesem Stück Land, Staat genannt, auszubenten. Menschen, die dort geboren, zu - „regieren“ und, wenn sie sich nicht knechten lassen, zu erwürgen. Drückt gnädig Ausweis-papiere dem Untertan in die Hand, wer aber dieser Gnade nicht teilhaftig wird, der - nun der bekommt überall einen Trit und liegt als lebendiger Fußball von Land zu Land, bis er in einem Graben, Landesgrenze genannt, verreckt.

Eine Hausgehilfin, die damals noch Ragd genannt wurde, ein Mädel aus Südbungarn, schenkte in Budapest einem Knaben das Leben. Der Bub wird groß, besucht Bürger- und Gewerbeschule und hat die besten Ausichten, ein guter Staatsbürger zu werden. Mit 18 Jahren rückt er ein, steht vier Jahre an der Front und wird Feuerwerker. Ein paar Tapferkeitsmedaillen bekommt er auch. Kriegsschluch. Friedensvertrag. Wohin gehört der Sohn der Hausgehilfin?

Der Zuständigkeitsort der Mutter liegt jetzt auf jugoslawischem Gebiet, und Jugoslawien sagt: der Mann sei zuständig, wo er geboren. Es gibt ihm keine Ausweis-papiere, sondern weist ihn aus. Ungarn tut dasselbe, denn Ungarn sagt: wohin die Mutter zuständig gewesen, dorthin gehört auch der Sohn. Er kommt nach Oesterreich. Hier kann er ohne Ausweis-papiere erst recht keine Arbeit finden. So versucht er es in Deutschland. In Berlin aber ereilt ihn nach vier Jahren des Seigstseins, des Leidens und Darbens, doch das Schicksal: er sticht in einem Laden neun Meter Stoff. Er mußte fehlen, wollte er nicht verhungern.

Nun ist er der internationalen Polizei bekannt. Ausweis-papiere bekommt er zwar nicht, aber eine Kurtrunde, die auf jeder Polizeidirektion liegt: Labendieb! Und das Spiel bekommt erst den richtigen Schwung.

Von Berlin wird er, weil er ungarisch am besten spricht, nach Ungarn geschickt, von hier sofort nach Oesterreich, von Oesterreich in die Tschechoslowakei, von dort wieder nach Preßburg, von Preßburg wieder nach Oesterreich. Ueberall gefährdet er die öffentliche Sicherheit, heißt es. Und es ist wahr, er beging noch einige fürchterliche Verbrechen. Drei Jahre nach dem Stofdiebstahl

Vollständiges Verbot der Nacht- und Sonntagarbeit. Erhöhung des Stundenlohnes um 20 Pfennige für alle Berufsgruppen und Altersklassen einschließlich der Maschinenführer. Gleichen Lohn für gleiche Leistung. Verringerung der Lohnspanne zwischen männlichen, weiblichen und jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen. Befreiung der Ortsklassen. Gewährung von 14 Tagen Ferien für Erwachsene und Jugendliche.

Kurzfristige Tarifabschlüsse zwecks Ausnützung günstiger Konjunktur.

Für die in besonders gesundheits-schädlichen Abteilungen arbeitenden männlichen und weiblichen Arbeiter, wie Schwingerinnen, Kniderinnen, Kardierarbeiterinnen, Hechlerinnen, Vorspinnerinnen, Feinspinnerinnen fordern wir: Kostlose Staubent-saugung und Zuführung frischer Luft. Kostlose Gewährung von je 1/2 Liter Milch pro Arbeitstag an die in den genannten Abteilungen Beschäftigten. Kostlose Belieferung mit Berufskleidung (Schürzen, Pantoffeln). Beschaffung der Bedienung mehrerer Maschinen und Seiten, und Einstellung von Hilfsarbeitern zur Vermeidung der Ueberarbeitszeit in den Weisfäsen.

Kollegen, Kolleginnen! Diese Forderungen, welche bezügliche nach der jeweiligen Lage noch zu ergänzen sind, müssen in den nächsten Tagen und Wochen in Betriebs- und Organisations-versammlungen durchgesprochen und als Grundlage für die stattfindenden Verhandlungen beschlossen werden. Das Ergebnis dieser Verhandlungen (Lohn - Arbeitszeit - Ferien) muß den Mitgliedern zur Entscheidung vorgelegt und nicht, wie es bisher war, über die Köpfe und gegen den Willen der Mitglieder beschlossen werden. Nur so kann das Vertrauen zur Organisation verstärkt werden und der Sieg unser sein.

Zwei Lohnbeutel

Orts-Nr.	Schichten	Wagen	Gelbbetrag:
3	74		30,81
26	17	25%	74,79
			0,87
			4,16
			Rest 7,71

Gaustands-geld 1,68
Hinderzulage 1,68

Abzüge:
Vorschuß 83,29
Frankenkasse 18,46
Lampenerstatter 1,70
Kohle 8,-
Zuviel gezahltes Krankengeld 2,34

Orts-Nr.	Schichten	Gelbbetrag
41	26	102,30

Gaustands-geld 1,82
Hinderzulage 7,28

Abzüge:
Vorschuß 78,-
Frankenkasse 18,06
Kohle 8,-
Verglappenvereine 0,20

Rest 7,14

Diese zwei Lohnbeutel wurden an Bergarbeiter auf der Bergfreiheitgrube ausgehändigt. Danach hat der erste einen reinen Monatsverdienst von 75,58 und der zweite einen solchen von 70,96 Mark gehabt. Wie eine Familie mit diesem Geld auskommen kann, bleibt ein Geheimnis, das die Unternehmer nicht im geringsten interessiert.

Aus aller Welt

hat er nämlich eines Tages den Hunger nicht mehr ertragen können und bezahlte nicht in einem Gasthaus. Jechprellerei! Und einmal schenkte ihm ein Freund einen Damenjumper, dessen Herkunft nicht festgestellt werden konnte. Als Labendieb war er „gemeldet“, also hinein ins Loch und dann hinaus aus dem Lande. So geht es nun fort seit drei Jahren, obwohl er sich seither nie wieder etwas zuschulden kommen ließ. Ein Mann, der dem Geheften zufällig gegenübersteht, bietet ihm eine Zigarette an. Er raucht nicht. „Ich will nur leben können!“ sagt er. So gefährlich ist dieser Mensch. Fünf Staaten fühlen sich durch ihn bedroht, hegen ihn zu Tode.

Weitere Erdbeben in Santos

Die tropischen Regenfälle in Santos haben die Gefahr neuer Erdbeben außerordentlich vermehrt. Die Ingenieure der Stadt erklärten nach der vor einigen Tagen erfolgten Inspektion des auf dem Gipfel des Berges Mont Serrat befindlichen Kastens, daß es in den nächsten 24 Stunden zusammenstürzen werde. Die Erdbeben vom Sonnabend sind nach den bisherigen neuen Feststellungen geringer als zuerst angenommen und umfassen etwa eine halbe Million Tonnen. Die geborgenen Leichen sind bereits stark verwest und bedrohen die Stadt mit einer gefährlichen Epidemie. Die brasilianischen Behörden beabsichtigen, um der Gefahr weiterer Erdbeben vorzubeugen, durch Dynamitpregnungen künstlich die hängenden gefährlichen Bergteile zum Stürzen zu bringen.

Dreifacher Mord in Casablanca

In einer Villa in Casablanca wurden der Bruder des Bischofs von Orleans, dessen Frau und Nefte ermordet aufgefunden. Der Mörder, ein Diener der Familie, konnte beim Verlaufe der gestohlenen Juwelen verhaftet werden.

Ein Brautpaar von einem Kraftwagen überfahren. Auf der Köln-Berliner Chaussee wurde in der Nacht zum Montag ein Brautpaar von einem Kraftwagen überfahren. Das Paar befand sich auf dem Heimweg und war durch die Scheinwerfer des ihm entgegenkommenden Kraftwagens geblendet worden. Mit schweren Verletzungen wurden beide dem Krankenhaus zugeführt. Der Wagenfahrer kümmerte sich nicht um die Verletzten, sondern fuhr eilig davon.

Wo sind die meisten Arbeiter beschäftigt?

Mehr als die Hälfte der Arbeiterzahl in Klein- und Mittelbetrieben Das ökonomische Übergewicht des Großbetriebs

Bei den Arbeitskämpfen, den politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital, zwischen den verschiedenen wirtschaftlichen Gruppierungen der deutschen Volksgenossen treten einige wenige Industriezweige in den Vordergrund. Die daraus zu ziehende Schlussfolgerung, daß dementsprechend der größte Teil der Arbeiter in diesen Industriezweigen beschäftigt sei, täuscht jedoch. Sie verbannt ihre Rolle im wesentlichen ihren Großbetrieben. Tatsächlich sind von den insgesamt 18 170 711 in Industrie und Handwerk, Handel und Verkehr beschäftigten Personen nicht etwa im Bergbau oder in der Maschinenbauindustrie die meisten Arbeiter vorhanden, sondern im Baugewerbe. Und hier herrscht noch der Kleinbetrieb. Im ganzen sind überhaupt etwa 65 Prozent der Arbeiter und Angestellten in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt. Nachfolgend seien die ersten sieben Industriezweige, geordnet nach der Anzahl der in ihnen beschäftigten Personen, angegeben. Die Hauptzahl der Arbeiter dieser Industriezweige liegt in den Klein- und Mittelbetrieben.

Industriezweige geordnet nach Anzahl der Arbeiter:

Industriezweig	Anzahl der beschäftigten Personen	Größe des Betriebes	Anzahl der darin beschäftigten Personen	in % der Gesamtzahl
Baugewerbe	1 534 640	6-50	600 077	39,1
Bekleidungsindustrie	1 428 176	1-5	82 111	5,8
Metall- und Eisenindustrie	1 353 911	1-5	601 301	44,1
Maschinen- und Apparatebau	1 235 375	51-200	229 208	18,9
Textilindustrie	1 210 781	51-200	306 257	25,3
Chemie- und Erzeugnisseindustrie	967 777	6-50	343 073	36,3
Bergbau und Metallwerke	861 101	1-5	250 033	29,1

Die Tabelle zeigt, daß für die drei größten Industriezweige der Kleinbetrieb der charakteristischste ist. Der Maschinen- und Apparatebau und die Textilindustrie haben wohl den größten Teil ihrer Arbeiter auch in Mittelbetrieben beschäftigt, jedoch sind hier Großbetriebe vorhanden und ökonomisch entscheidend. Eine solche Statistik, die nur die Zahl der Arbeiter summiert, spiegelt aber die realen Verhältnisse der kapitalistischen Wirtschaft nicht wider. Die zahlenmäßige Stärke der Kleinbetriebe und der in ihnen beschäftigten Personen hat keinen entscheidenden Einfluß auf die tatsächliche Entwicklung des Monopolkapitals. Die ökonomische Entscheidung liegt bei den Großbetrieben, dem Kapitalmonopol, die diktiert die Verhältnisse, unter denen die Kleinbetriebe zu existieren haben.

Die motorische Antriebskraft

Das tritt sofort hervor, wenn wir die motorische Leistung zum Antrieb von Arbeitsmaschinen zum Maßstab des Gewichts der Industriezweige nehmen. Hier steht die Schwerindustrie überragend an der Spitze; der Großbetrieb hat den größten Anteil.

Industriezweige, geordnet nach der motorischen Kraft.

Industriezweig	Gesamtzahl der PS	Größe des Betriebes	Zahl der PS
Metall- und Eisenindustrie	3 324 123	2001-6000	1 176 813
Chemie- und Erzeugnisseindustrie	2 079 773	501-2000	694 170
Maschinen- und Apparatebau	1 736 733	mehr als 5000	1 119 731
Baugewerbe	4 815 556		1 723 921
Mechanik- und Genutzmittel	1 734 092	1-5	711 631
Maschinen- und Apparatebau	1 431 519	2001-6000	144 264
Textilindustrie	1 235 229	51-200	373 534
Chemie- und Erzeugnisseindustrie	1 045 581	6-50	423 519

Dasselbe Verhältnis tritt in einem noch viel härteren Maße hervor, wenn wir die Gesamtzahl der gewerblichen Niederlassungen (von Betrieben kann man sehr oft nicht sprechen) und das Verhältnis zwischen Klein- und Mittelbetrieb gegenüber den Großbetrieben in bezug auf Anzahl der Arbeiter und motorische Kraft betrachten. Wir verstehen dabei unter Großbetrieb im Gegensatz zum statistischen Reichsamt alle Betriebe mit mehr als 200 beschäftigten Personen. (Das Reichsarbeitsministerium rechnet alle Betriebe mit über 50 Personen dazu.)

Anteil der Großbetriebe an motorischer Kraft und Anzahl der Arbeiter.

Größe des Betriebes	Anzahl der Betriebe	Anzahl der beschäftigten Personen	PS je Betrieb	PS je beschäftigter Person
Gesamt	1 853 732	12 624 273	12 324 293	1,5
Klein- u. Mittelbetriebe (1-2000)	1 645 464	8 138 420	6 293 544	0,8
Großbetriebe (201-mehr als 2000)	208 268	4 485 853	12 304 749	2,8
Dabei sind: mehr als 5000	25	1 331 345	5 365 854	4,2

Die beiden letzten Tabellen zeigen ganz deutlich die überragende Macht des Großbetriebs. Denn auch in den Kleinbetrieben die Mehrzahl der Arbeiter beschäftigt ist, so werden diese Betriebe doch bedeutungslos, da die ungeheure Zersplitterung sowohl in der Anzahl der Betriebe wie auch in den Mäßen, die sie herstellen, die Ausbildung einer konzentrierten Macht verhindert. Ganz abgesehen von den ruffähigen Arbeitsmethoden, die heute noch in den Kleinbetrieben angewandt werden.

Die Entwicklung zum Großbetrieb

Die Entwicklung der Kriegszeit vom Klein- zum Großbetrieb ist weiter fortgeschritten. Ein Vergleich zwischen der Betriebszählung 1907 und 1925 ergibt folgendes Bild:

Vergleich 1907-1925 in der Betriebsgrößengliederung.

Größenklasse des Betriebes	1907		1925		Prozentuale Veränderung
	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen	Zahl der Betriebe	Zahl der beschäftigten Personen	
1-5 Personen	1 620 281	2 204 508	1 614 098	2 237 327	-0,3 -1,3
6-50	150 094	2 204 425	245 911	2 289 236	+28,5 +25,3
51 und mehr Pers.	21 294	4 204 177	32 761	6 094 120	+51,1 +43,1
darunter mehr als 5000	204	1 331 345	1 268 865	5 365 854	+77,8 +29,4

Die Gesamtsumme der Betriebe und der darin beschäftigten Personen ist gestiegen (um 2,7 Prozent bzw. 28,6 Prozent), aber die Zahl der Betriebe hat abgenommen (um 2,7 Prozent), während die Zahl der beschäftigten Personen um 28,6 Prozent zugenommen hat. Dies zeigt, wie die Betriebe in einem sehr raschen Tempo die Tendenz zu-

nehmende Veränderung in der Betriebsgrößengliederung zugunsten des Großbetriebes spiegelt nur den allgemeinen Konzentrationsprozeß des Kapitals wider, wenn auch unvollkommen, da dieser ja nicht nur in Veränderung der Größenordnung der Betriebe sich äußert. Die Großbetriebe stellen heute zum großen Teil nur einen Teil eines Konzernkapitals dar, der sich zugleich über mehrere Großbetriebe und einen Teil von Klein- und Mittelbetrieben erstreckt.

Eine ungefähre Vorstellung davon erhält man, wenn man die Industriezweige nach dem Aktienkapital ordnet. Insgesamt sind für das Jahr 1925/26 10 081 Aktiengesellschaften statistisch erfaßt (sie stellen also einen ganz geringen Bruchteil der gesamten Anzahl der Betriebe dar) mit einem bilanzmäßigen Aktienkapital von 19 391 253 000 M. An der Spitze steht der Bergbau und die mit ihm verbundenen Werke. Es folgt dann die chemische Industrie.

Industriezweige nach dem Aktienkapital.

Industriezweig	Anzahl der Gesellschaften	Aktienkapital in 1000 Mark
Bergbau und mit ihm verbundene Werke	205	3 345 316
Chemie	555	2 243 238
Maschinen- und Apparate-Industrie	567	1 777 542
Bauwesen	484	1 338 920
Textil- und Genutzmittel	1056	1 343 287
Metall-, Eisen- und Erzeugnisse-Industrie	343	1 269 696
Lebensmittelindustrie	653	1 103 660

Dabei ist zu berücksichtigen, daß z. B. die Vereinigten Stahlwerke 800 Millionen Mark, die I. G. Farbenindustrie 1100 Millionen Mark und die 6 Großbanken in Berlin 527 Millionen Mark eigenes Aktienkapital besitzen — nicht gerechnet die Kapitalien anderer Unternehmungen, die sie kontrollieren.

Diese Zahlen zeigen ganz nüchtern die ungeheure Macht, die einige Finanzmagnaten ausüben. Auf der einen Seite die immer stärkere Konzentration des Kommandos über die Arbeitskraft und andererseits eine immer stärkere Zusammenballung der Arbeiter in den Großbetrieben, bei gleichzeitiger Zersplitterung ihrer Mehrheit in Klein- und Mittelbetrieben. Immer mehr verlagert sich das Gewicht der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit in die Großbetriebe.

Die Frauenarbeit

Die Zusammenlegung der Arbeitermassen, die in den Betrieben beschäftigt sind, ist ebenfalls nicht dieselbe geblieben. Auch hier sind Wandlungen zu verzeichnen. Die Zurückführung schwerer und mit starker Kraftaufwendung zu leistender Arbeit auf ganz einfache Arbeit durch Verlegung des Arbeitsprozesses und Einführung von Erfindungen macht den geleisteten und kräftigen Arbeiter in vielen Berufen überflüssig — die Frau tritt an seine Stelle. Der Anteil der Frauenarbeit ist aus folgenden Tabellen ersichtlich:

Anteil der Frauenarbeit*) nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftszweig	Anteil %	Industrie und Handwerk	Anteil %
Rohwirtschaft	43,6	Industrie und Handwerk	25,6
Handel und Verkehr	12,9	Verwaltung usw.	2,3
Gesundheitswesen	2,1	Qualifizierte Dienste	10,3

Nach den Berufen	Weiblich	Männlich	Vergleich 1907	Summe in beiden Jahren	Veränderung in %
Selbständige	10,0	24,1	+ 25 311	+ 102,9	+ 8,1
Angestellte und Beamte	11,0	13,1	+ 358 631	+ 102,9	+ 23,7
Arbeiter	30,7	49,6	+ 367 587	+ 102,9	+ 23,7
Mittelklasse	3,4	7,1	+ 643 479	+ 102,9	+ 23,7
Hausangestellte	9,7	0,1	- 33 063	- 6,3	-
	100,0	100,0			

Insgesamt hat sich die weibliche Bevölkerung um 13,2 Prozent vermehrt, die Erwerbstätigen um 34,8 Prozent, berufstätige Selbständige um 33,5 Prozent, Angehörige ohne Hauptberuf haben sich um 0,6 Prozent vermindert.

Der Ersatz der Männerarbeit durch Frauenarbeit ist noch dadurch gestärkt worden, daß die elende Bezahlung ihrer Männer die Frauen zwingt, ebenfalls zu verdienen. Die Zunahme der Frauenarbeit bei den Angestellten und Beamten, hier haben sich die Frauen ja verdreifacht, ist ein Zeichen für die tiefergehende Verheerung, die hauptsächlich die Krieg- und Nachkriegszeit im Mittelstand angerichtet haben. Er kann es sich heute nicht mehr leisten, seine Hauswirtschaften so lange mitzuernähren, bis sie verheiratet sind. Sie müssen verdienen, und aus ihnen rekrutiert sich auch der größte Teil dieser weiblichen Angestellten und Beamten.

*) Im Reich, ohne Preußen.

Bauwesen in Leningrad

Die Bauarbeiten in Leningrad werden im Vergleich zum Vorjahr um 20 Prozent erweitert. Für die Bauarbeiten der Stadtverwaltung sind 142 Millionen Rubel ausgegeben. Über 45 Millionen Rubel sind für Reparaturarbeiten veranschlagt. Es werden insgesamt 75 000 Bauarbeiter beschäftigt.

Großbank-Gewinne

Der mit 70 Millionen Gewinn zusammenbrechende Kapitalismus der Disconto-Gesellschaft

Der Geschäftsbericht für 1927 der zweiten Berliner D. Bank, der nach dem der Dresdner Bank jetzt veröffentlicht wird, der Disconto-Gesellschaft, ist nicht allein wegen der riesenhaften Selbstkapitalien interessant, deren Umschlag sich aus ihm ergibt, sondern wegen einiger wirtschaftspolitischer Bemerkungen, die sich unter den Großbankleistungen durch eine ganz besonders reaktionäre Stimmung auszeichnen. Für die Disconto-Gesellschaft nämlich ist das Jahr 1927, das Jahr der allgemeinen Konjunktur im deutschen Kapital, ein Jahr gewesen, in dem den Herren Arzig und Salomonsohn, den geschäftsmächtigen Geschäftsinhabern der Disconto-Gesellschaft, ernstliche Zweifel an dem Fortbestand der kapitalistischen Ordnung aufgefliegen sind. Es heißt da im Geschäftsbericht:

„Leider waren aber die Ergebnisse dieser bewundernswerten Arbeitsergebnisse keineswegs befriedigend. Die Wirtschaft leidet darunter, daß die politische Beeinflussung ihrer Arbeitsbedingungen sich mehr und mehr verstärkt und daß durch die Konkurrenz der öffentlichen Hand und durch übertriebene Steigerung der sozialen Löhne und des Steuerdrucks die Rentabilität der Unternehmungen in schärferer Weise eingeschränkt wird. Die Dinge haben sich, wie die Leitung der Disconto-Gesellschaft annimmt, derartig entwickelt, daß ernste Zweifel hinsichtlich der Möglichkeit des Fortbestehens unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung geäußert werden müssen, die, worüber kein Zweifel bestehen kann, allein imstande sein wird, uns der gewaltigen Schwierigkeiten Herr werden zu lassen, vor die uns die kommenden Jahre noch stellen werden.“

Die bescheidenen und zum größten Teil nicht erfüllten Forderungen der Arbeiterschaft, einen Anteil an der Konjunktur, an den Rationalisierungsgewinnen des Kapitals zu erlangen, haben genügt, bei der Leitung der Disconto-Gesellschaft Abdrücken über den nahenden kapitalistischen Weltuntergang zu verursachen. Was in Wahrheit hinter diesen Säben steht, das ist das noch jücker als sonst in den Geschäftsberichten der großkapitalistischen Unternehmungen zutage tretende Verlangen der Finanzmagnaten, unbeschränkt und ungehemmt die Werkzeuge auszuhebeln.

In der Tat. Sie spiegelt sich der kommende Zusammenbruch im Geschäftsbericht der Disconto-Gesellschaft wider? In steigenden Gewinnen. Freilich sind diese nicht so hoch, wie etwa bei der Dresdner Bank, weil die Steueransgaben im Jahr 1927 auf 72 Millionen Mark gegen 43 Millionen Mark 1926 gestiegen sind. Doch diese Erhöhung der Steueransgaben selbst rührt aus einer wachsenden Geschäftstätigkeit, aus einer Zunahme des Umsatzes der Disconto-Gesellschaft von 88 auf 114 Milliarden her; sowie aus der Kapitalerhöhung von 100 auf 135 Millionen Mark im Jahre 1926, also aus der zunehmenden Kapitalmacht, gerade nach der Disconto-Gesellschaft. Daß die Hamburger-Republik sich erlaubt, von der Kapitalerhöhung, von dem steigenden Umsatz Steuern zu erheben, die noch viel zu gering sind und zu dem Rohgewinn von 70 Millionen Mark in einem ganz unbiligen Verhältnis stehen, das erregt den Jork der Finanzmagnaten.

Im einzelnen fehlt die Gewinn- und Verlustrechnung der Disconto-Gesellschaft allem wie die, die sie zusammen mit der von ihr völlig beherrschten Norddeutschen

Bank in Hamburg und dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein in Köln als sogenannte Gemeinschaftsbilanz aufgestellt hat, so aus:

	Disconto-Gesellschaft	Gemeinschaftsbilanz	in Mill. RM.
	1927	1926	1926
Wohlfahrt und Zinsen	25,86	23,63	33,66
Effekten	6,28	6,56	9,15
Provision	31,28	30,57	39,94
Norddeutsche Bank	1,20	1,20	—
A. Schaaffhausen	2,5	2,5	—
Andere Banken	2,18	2,02	2,94
Vortrag	0,19	0,18	0,32
Rohgewinn	70,05	66,67	84,88
ab: Verwaltungskosten	47,47	46,92	58,44
Steuern	7,20	4,39	10,26
Reingewinn	15,37	15,34	16,17
Dividende 10%	13,50	13,50	17,50
Aufsichtsrat	0,65	0,65	—
Besondere Reserve	1,00	1,00	—
Neuer Vortrag	0,21	0,19	—

Außer den Steuern, über die das Nötige schon gesagt, fällt die, allerdings geringfügige, Erhöhung der Verwaltungskosten auf. Sie sind gestiegen, obwohl der Geschäftsbericht ausdrücklich den Fortgang der Bürokratisierung unterstreicht und die Zahl der Angestellten 1927 noch um 330 auf 7218 Personen zurückgegangen ist. Die Erhöhung der Verwaltungskosten beruht daher — die „Kosmische Zeitung“ deutet das sehr vorkühnlich an — wohl auf einer Erhöhung der Riesengehälter der leitenden Personen. Der bevorstehende Untergang des Kapitalismus führt eben zu seltsamen Veränderungen im Einkommen der hohen Direktion.

In der Bilanz sind die fremden Gelder, d. h. die Gläubiger, die der Disconto-Gesellschaft Geld anvertraut haben von rund 864 Millionen Mark auf 1,13 Milliarden Mark gestiegen. Die Schuldner in laufender Rechnung, d. h. diejenigen, denen die Disconto-Gesellschaft Geld ausgeliehen hat, haben sich von 462,5 auf 527,8 Millionen Mark erhöht.

An Aktien- und Anleihe-Ausgaben, also an den eigentlich finanzkapitalistischen Geschäften, die die immer engere Verzinsung zwischen Bank- und Industriekapital zur Folge haben und aus ihr hervorwachsen, hat sich die Disconto-Gesellschaft, offenbar aus Angst vor dem unmittelbaren Zusammenbruch des Kapitalismus, härter als irgendeine andere der Großbanken beteiligt. Sie war bei den Finanzierungen der großen Verkehrskonzentration, bei den Kapitalerhöhungen der AGO und der anderen großen Elektrizitätsgesellschaften dabei. Sie hat ebenso bei den Kapitalerhöhungen der Hamburg-Amerika-Linie, der Rüdiger-Werke, des Eisen- und Stahlwerks Hoechst ihre Schiffe ins „rotere“ gebracht.

Wenn dennoch der Reingewinn gegen 1926 kaum gestiegen ist, so liegt das nicht an den Steuern, sondern an den Bilanzverlusten in denen sich die Disconto-Gesellschaft von keiner der anderen Großbanken unterscheidet, und die es bewirkt, daß nach außen hin der Reingewinn nur so hoch sich darstellt, daß gerade 10 Prozent Dividende auf ihn verteilt werden können.

Kommunistische Kritik am Breslauer Etat

Rede des Genossen Ammon zur bisherigen Kommunalpolitik

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung brachte die Fortsetzung der Stadtbauarbeiten. Vorher waren in feierlichem Aufzuge die neuen Stadträte Frau Hls. Eckstein (Soz.), Frau Billa (Str.) und Becker (Deutschnat.) eingeführt und vereidigt worden. Wacker schwor der brave Deutschnationale der preußischen und der Reichsversammlung deutsche Mannentreu!

Dann sprach der demokratische Redner, G. W. Wolff, zu dem Etat. Hauptächlich beschäftigte er sich mit den Steuern und fand die Spanne zwischen Grundvermögen und Gewerbesteuer als zu hoch. Er verlangte „qualifizierte“ Beisitzler, d. h. es sollen bei Abstimmungen ein bestimmter Prozentsatz Stadtverordnete anwesend und eine größere Mehrheit als bisher notwendig sein.

Die kommunistische Fraktion sprach Genosse Ammon:

Die Vorlage des diesjährigen Haushaltsplanes erfolgt an einem heftigsten Wendepunkte der Umgruppierung der politischen Machtverhältnisse in Deutschland. Ein Jahr Bürgerkriegsregierung und anderthalb Jahre Dameskolonial. In immer schärferer Maße wirken sich die Folgen des Damesgutachten aus. Ein in der Geschichte nie dagewesener Steuerraub und Zollwucher lastet auf den Schultern der werktätigen Massen, Betriebskollagen, Massenarbeitslosigkeit, Not und Elend, das ist der Segen der Damesgutachten. Mit Beginn des neuen Jahres im September, wo Vollsteuern von 2 1/2 Milliarden Goldmark fällig werden, muß sich die Krise weiter verschärfen. In den werktätigen Schichten der Bevölkerung regt sich der Widerstand gegen weitere Ausbeutung, gegen weitere Verelendung. Die letzten Lohnkämpfe in allen Gegenden Deutschlands haben dafür den Nachweis erbracht. Eine ganze Reihe weiterer wirtschaftlicher Kämpfe stehen bevor.

Wir sind uns bewußt, daß die Gemeinden Stützpunkte des kapitalistischen Staates sind, daß sich die Politik des Reiches und des Staates in der Kommunalpolitik widerspiegelt, daß die Steuer- und Finanzpolitik des Staates sich in schärfster Form in den Gemeinden auswirkt. Herr Dr. hat in der vorigen Sitzung nur das große Wort gegen den Bürgerkrieg geführt. Aber er hat mit keinem Wort die preußische Koalitionsregierung erwähnt, trotzdem diese keine andere Politik als die des Bürgerkriegs getrieben hat, ja in vielen Fällen für die Politik der Reichsregierung richtunggebend war. Aus diesem Grunde ist es notwendig, ganz kurz auf den preußischen Etat einzugehen. Genau wie im Reich, wird auch in Preußen, an dessen Spitze der Sozialdemokrat Braun steht, die Massenausplünderung durch Steuerraub betrieben. Daß bei diesen Steuern die Massensteuern ein gewaltiges Übergewicht haben, verweist sich bei den politischen und wirtschaftlichen Wachstumsprozessen von selbst. Von den eingebrachten Steuern sollen die Gemeinden erhalten:

An Einkommensteuer	558	Mill.
An Körperschaftsteuer	106	Mill.
An Umsatzsteuer	148,5	Mill.
An Kraftfahrzeugsteuer	110	Mill.
An Hauszinssteuer (für Wohnungsbau)	42	Mill.
An Finanzbedarf	163	Mill.

Der Herr Kammerer hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß die Gemeinden nur einen Teil ihres Steuerertrags vom Staate zurückhalten. 2160 Millionen behält der Staat zur eigenen Verwendung. Die Art der Verwendung des vom Staate zurückgehaltenen Steuerertrags ist für den Klassenstaat nicht weniger charakteristisch wie ihre Aufbringung. Veranschlagt sind:

für Klassenjustiz	391	Mill. M.
für Polizei	362	Mill. M.
für Kirche	72	Mill. M.
für Volksgesundheit	10	Mill. M.
für Volkswohlfahrt	43	Mill. M.
für Volksbildung	512	Mill. M.

Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet bei rund 39 Millionen Einwohnern für Klassenjustiz und Polizei 19,30 M., für Schule und Bildung 13,15 M., für Kirche 1,84 M., für Gesundheit und Wohlfahrt 1,51 M. Treffender kann sich ein Klassenstaat nicht charakterisieren, als durch diese Zahlen. Daß die Klasse, die sich zur Steuerleistung veranlagte, es meisterhaft versteht, sich von der Steuerzahlung zu kränken, zeigt folgende kleine Nachweisung. Durch beamtete Buchprüfer ist festgestellt, daß im Jahre 1928 in nur 83 706 Fällen folgende Steuerbeträge hinterzogen wurden:

Einkommensteuer	rund 46	Mill. M.
Körperschaftsteuer	rund 17 1/2	Mill. M.
Umsatzsteuer	rund 19 1/2	Mill. M.
Vermögenssteuer	rund 6	Mill. M.
Sonstige Reichssteuern	rund 10	Mill. M.
Landes- und Kirchensteuern	rund 10	Mill. M.

Insgesamt rund 109 Mill. M.

Wegen dieses Steuerbetrages von rund 109 Millionen Mark wurden rund 5 Millionen Mark an Strafen verhängt. Auch in Breslau erscheinen hin und wieder in der Presse kurze Notizen über „Steuerdrückberger“. Den Arbeitern, Angestellten und Beamten werden durch die Lohnsteuer die Steuerbeträge abgezogen, ehe sie ihren Lohn erhalten, also sind die Betrüger nur in den Kreisen zu suchen, die immer das große Wort von „Treu und Glauben“ im Munde führen. Es wäre interessant zu erfahren,

um wieviel die Stadt Breslau an zurückgehaltenen Steuerbeträgen geprellt worden ist, in einem einzigen Falle sollen es 60 000 bis 70 000 Mark sein.

Der Bericht, den der Herr Kammerer erstattet hat, zeigt uns, daß wir in Breslau im Rathaus eine schrankenlose Kapitalherrschaft haben. Die Festigung von Handel und Industrie erfolgt mit Hilfe des Magistrats auf Kosten der werktätigen Bevölkerung. Bei Beratung des vorjährigen Etats haben wir an der Tarif- und Steuerpolitik des Magistrats scharfste Kritik geübt und darauf hingewiesen, daß die Beschlüsse, die der Magistrat den Großhändlern der Produkte der städtischen Betriebswerke in Form von Rabatten gibt, auf Kosten der minderbemittelten Schichten geht, die um so stärker zu den indirekten Steuerquellen herangezogen werden.

Schärfsten Protest muß auch gegen das Vorgehen des Magistrats erhoben werden bezüglich der Bewirtung der Teilnehmer in Breslau stattfindender Kongresse. Es paßt sehr schlecht zueinander, immer auf die besondere Notlage der Breslauer Bevölkerung hinzuweisen und hier solchen Gelegenheiten das Geld mit vollen Händen hinauszuwerfen.

Beim Haushaltsplan selbst ist interessant die Verschiebung der prozentualen Beteiligung der hauptsächlichsten Verwaltungen am Gesamtertrag. Im Jahre 1927 beanspruchte die allgemeine Verwaltung 29,56 Prozent, im Jahre 1928: 35,50 Prozent, mit-

hin mehr 6,24 Prozent; die Schulverwaltung 1927: 15,63 Prozent, 1928: 18,45 Prozent, mithin mehr 2,77 Prozent; die Bauverwaltung 1927: 8,50 Prozent, 1928: 6,45 Prozent, mithin mehr 1,95 Prozent; die Wohlfahrtspflege 1927: 24,94 Prozent, 1928: 27,87 Prozent, weniger 2,77 Prozent. Wenn ich auf die einzelnen Haushaltspläne zu sprechen komme, so will ich die unserer Ansicht nach wichtigsten herausgreifen. Bei der allgemeinen Verwaltung fällt vor allem die große Steigerung der Kosten für die Besoldung auf. Die neue Besoldungsordnung, auf welche die Beamten nun schon seit Jahren verweist werden, ist für die Beamten der Stadt noch nicht erlosigt. Bei dieser Verschleppung der Besoldungsordnung sind die unteren und mittleren Beamten die Leidtragenden. Mit allem Nachdruck muß gefordert werden, daß die neue Besoldungsordnung endlich verabschiedet wird. Die staatliche Polizei erfordert einen Mehrbetrag von rund 280 000 Mark.

Breslau trägt zu den Kosten der Polizei 1 387 000 Mark bei, ohne Einfluß auf die Gestaltung der Polizei zu haben. Festgestellt muß werden, daß die Polizei auch im vergangenen Jahre weniger sich angelegen sein ließ, Verbrecher, die das Leben des einzelnen bedrohen, zu fassen, sondern ihre Haupttätigkeit bestanden darin,

die Arbeiterkassen zu propagieren

und damit den Nachweis zu erbringen, daß auch die Breslauer Polizei sich ihrer Aufgabe bewußt ist, in der „rottesten Republik“ die Gewalt herrschen zu lassen. Die Verwaltung erfordert einen Zuschuß von über 3 Millionen Mark, gegen das Vorjahr mehr rund 1 200 000 Mark. In dieser Verwaltung haben sich in den letzten Jahren bei den Ausschreibungen ungeheuerliche Mißstände bemerkbar gemacht, die man nur als organisierten Betrug bezeichnen kann. Leider hat die Deffektivität von diesen Dingen nichts weiter erfahren. Erneut muß die Frage aufgeworfen werden: Welches sind die betrügerischen Firmen? Hat man diese Unternehmer der Staatsanwaltschaft angezeigt? Hat der Magistrat Anweisung gegeben, diese Betrüger von weiteren Arbeiten der Stadt auszuschließen? Die Beantwortung dieser Fragen durch den Magistrat ist dringend notwendig.

Bei den Betriebswerken plant der Magistrat bei einzelnen Verwaltungen erhebliche Preissteigerungen. Die Straßenbahn, die Bäder sollen veräußert werden, ebenso die Benutzung der Befehallen und ja weiter. Als durchweg Gebührenhöhungen, trotzdem der Kammerer erklärt hat, daß keine Erhöhungen vorgehen sind. Mit aller Entschiedenheit muß gegen die weitere Verteuerung der Straßenbahn Stellung genommen werden. Dabei warten die Arbeiter in Verbindung immer noch auf Ausführung des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung, ihnen die gleiche Preisvergünstigung zu gewähren wie den Kriegsbefähigten.

Unsere Meinung, daß die höheren Schulen im heutigen Staat wesen ausgesprochene Standeschulen sind, ist berechtigt, wenn festgestellt wird, daß der Zuschuß der Stadt bei den einzelnen Schulsystemen erheblich gestiegen ist. Gegen 1927 beträgt der Zuschuß der Stadt für den einzelnen Schüler bei den höheren Schulen mehr 176,94 Mark, bei den mittleren Schülern mehr 75,58 Mark, bei den Volksschülern mehr 31,88 Mark. Im übrigen scheinen sich bei den Fortbildungsschulen Erziehungsmethoden herauszubilden, die an das Mittelalter erinnern. Dort werden Fortbildungsschüler wegen Armut bestraft, wie eine vor kurzem in der Presse erschienene Notiz beweist.

Auch bei der Grundeigentumsverwaltung bilden sich schlimme Methoden heraus. Ein brutaler Hauspächter konnte auch kein anderes Schreiben abfassen an einen säumigen Mieter, der durch Arbeitslosigkeit in Not geraten ist, als wie folgendes Schreiben der Grundeigentumsverwaltung, das einem Mieter in einem städtischen Grundstück zugegangen ist:

Der Magistrat

Breslau, 23. Februar.

Sie schulden uns an Miete für den Monat Februar 13,75 M. Die Miete ist am 3. J. Mts. im voraus fällig. Wir müßten die Schulsumme auf Ihre Kosten gerichtlich betreiben lassen, wenn Sie nicht innerhalb fünf Tagen an den Herrn Verwalter gezahlt wird. Etwaige Mietsrückstände für die kommenden Monate würden wir ohne Mahnung gerichtlich eingehen lassen. Gleichzeitig würden wir dann auf Aufhebung des Mietverhältnisses klagen.

Zur Förderung der Leihschuldungen trägt die Maßnahme des Magistrats nicht bei, wenn er erstmalig in diesem Jahre von den Vereinen eine

Gebühr für die Benutzung der städtischen Spiel- und Sportplätze

erheben will. Man wird sich fragen müssen, ob die Verwaltungskosten nicht höher sein werden als das Aufkommen aus der Gebühr beträgt. Nicht höher sein werden als das Aufkommen aus der Gebühr beträgt. Arbeiter Sportvereine, die nicht mit Subventionen wie die bürgerlichen Vereine rechnen. Bei dieser Gelegenheit sei auf die sportliche Fürsorge der Kommunen in Sowjetrußland, an denen sich Breslau ein Beispiel nehmen könnte, hingewiesen.

In seinen Ausführungen wies der Kammerer darauf hin, daß in Breslau im Jahre 2798 Wohnungen neu hergestellt wurden. Dabei muß festgestellt werden, daß die hiesige Wohnungsnot keine Mindererfahrung hat. Noch immer sind rund 43 000 Wohnungsuchende, darunter rund 7000 dringlich Borgemekte, zu verzeichnen. Familien mit mehreren Kindern, die geradezu menschenunwürdig untergebracht und die seit Jahren dringlich vorgemerkt sind, warten immer noch auf Zuweisung einer einigermaßen entsprechenden Wohnung. Man vergeht sich aufs Schwerste an den armen Kindern, wenn die heutige Gesellschaftsordnung es nicht fertig bringt, solchen Familien bei der Wohnungszuweisung den Vorrang zu geben. Bei Beratung des vorjährigen Bauprogrammes haben wir einen Antrag eingebracht, der verlangte, daß die mit öffentlichen Mitteln hergestellten Wohnungen an die seit Jahren vorgemerkten dringlich angemerkten Wohnungsuchenden vergeben werden sollten. Dieser Antrag ist abgelehnt worden unter Mithilfe der sozialdemokratischen Fraktion!

Die ganze Not der Breslauer Bevölkerung spiegelt der Etat des Wohlfahrtsamtes

wider. Hier glaubt der Magistrat, ein Objekt des „Sparens“ gefunden zu haben. Selbst der Kammerer mußte zugeben, daß ihm die Abstriche beim Wohlfahrtsamt bedenklich erschienen. Die Klagen über die unzulängliche Betreuung der notleidenden Bevölkerung durch das Wohlfahrtsamt hören nicht auf. Zum Teil sind die Anweisungen des Wohlfahrtsamtes, zum Teil das verständnislose Vorgehen einzelner Wohlfahrtspfleger und Kommissionen. Die Ermittlungen ziehen sich endlos hin. Beleidigungen durch die ehrenamtlichen Organe, Entziehung oder Verzögerung der Unterstützungen usw. zeigen den Weg des Abbaues der Wohlfahrtspflege. Die erschreckend hohe Zahl der in Breslau vorkommenden Selbstmorde kommt zum Teil aus dem

der mangelnden Fürsorge. Nicht Wahn, sondern Mangel an der Fürsorge verlangen wir und werden mit aller Energie dafür eintreten. Bei der ergänzenden Fürsorge für Schwachsinnige und beim Jugendamt liegen ähnliche Verhältnisse vor.

Ein Bild auf den Etat der Steuern zeigt uns, daß auch hier das Aufkommen größtenteils aus Massensteuern kommt. Die Steuern, die die bestgehenden Schichten tragen, werden — wenn man sich nicht durch Steuerbetrug davor brühen kann — von diesen abgemahnt.

Die Träger des gesamten Steuerertrags sind die Werktätigen.

Nun sehen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratische Partei ihre Hoffnungen auf die kommenden Wahlen. Die bürgerlichen Parteien hoffen, ihre Macht auf dem Rathaus zu erhalten; die Sozialdemokratie hofft, mittels des Stimmentzuges für die werktätigen Massen nicht herabzukommen. Abermal treten Interessengruppen auf und reden von der Not ihrer Gruppe. Von der Not des werktätigen Volkes wird dabei nicht gesprochen. Glaubt man etwa, daß dieses sich an seine Not gewöhnt hat, daß darüber nicht mehr gesprochen zu werden braucht? Man nennt den vorliegenden Etat einen Katastrophe. Wir glauben, daß es Kreise geben wird, die auch bei diesem Etat noch ein glänzendes Gesicht machen. Dieser hat es keine Gruppen gegeben, die bestanden haben, aus der Not des Volkes gleichendes Geld zu machen. Dabei war es gleichgültig, ob eine bürgerliche oder sozialdemokratische Partei im Rathaus das Pöpel schlingt, ob wir die kleine oder die große Koalition im Reich und in Preußen hatten. Und wenn man heute wieder versucht, die Massen in eine Stimmzettelschlinge zu versetzen, so über diese Parteien einen Samen streuen. Die werden im kommenden Wahlkampf den Massen zeigen, daß es

auch in der Kommune keine Gemeinschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat

gibt. Wir werden ihnen nachweisen, daß sie nur Objekte der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Kommunalpolitik sind. Wenn wir den Wahlkampf dazu benutzen, die Massen aufzurütteln, sie zusammenzuschließen zur reinen Klassenfront, zum Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft, dann haben wir einen Teil vorgearbeitet, um den Weg zum wahren Sozialismus zu weisen, den sie gehen muß, um zu einer besseren, zu einer proletarischen Kommunalpolitik zu kommen.

Stadthauptamtlich meint, daß Ammon die von den Baufirmen vertriehenen Beträgereien zu hoch befristet hat. Als letzter Stadtrater sprach Siebranz (Arbeitnehmerfraktion). Ueber 10 Millionen Mark haben die Breslauer Hausbesitzer im vergangenen Jahre an der Hauszinssteuer verdient. Im Schlusswort wandte sich Kuhn (Deutschnat.) gegen den Genossen Ammon und dessen Berufung auf Sowjetrußland. Ammon ließ ihn unter Heiterkeit gehörig abfahren. Somit war die Generaldebatte über den Etat abgeschlossen. Ueber den weiteren Verlauf der Sitzung werden wir morgen berichten. (Die Red.)

Unsere Märzgefallenen-Stundgebung

In den Zentralhallen sammelten sich gestern Abend die revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen Breslaus zur Feier der Märzrevolution. Mit einem überaus wirksamem Vorpruch von Johannes N. Becker, März 1928, und B. A. mit Musikbegleitung zum Vortrag brachte, wurde die Feier in würdiger Weise eröffnet.

Genosse Dombrowski gedachte in einer längeren Ansprache der Februarrevolution in Paris von 1848, der deutschen Märzrevolution und der Kommune von 1870. Zwischen diesen Kämpfen und der russischen Revolution von 1917 und der kaiserlichen Novemberrevolution von 1918 zog der Redner die Parallele und schloß mit der Aufforderung an die Arbeiterklasse, aus den großen historischen Ereignissen zu lernen und die Lehren Lenin's zu beherzigen und in die Tat umzusetzen. An Stelle des leider verbliebenen Schauspielers Reim übernahm N. A. die Regalation und trug zwei Gedichte von Oskar Ranscht, die der erschlagenen Proletarier gedulden, „Wer jagt den Acker“ und „Sehet welche Welt“ vor. Den Höhepunkt und den Abschluß des Abends bildete eine kurze Revue, bei der von B. A. und seiner Gruppe 4 Dübber auf gutem, künstlerischem Niveau stehende, gestellt wurden. Die satirische Szene „Wir sind die Sozialdemokraten“, die wiederholt werden mußte, auch die Gesangsreihe und das Schlussspiel waren von aufstrebender Beachtung.

Mit einer Ansprache des Genossen G. A. über die Aufgaben der roten Hilfe im Kampf für die Familien der in der kaiserlichen Revolution erschlagenen Proletarier Kumpfes, und dem Spiel der „Internationale“ fand die gut verlaufene Stundgebung ihr Ende.

Platzkonzerte zum Märzaufgebot!

Jungarbeiter und Arbeiter von Süd und Zentrum! Heute von 18 1/2—19 1/2 Uhr auf dem Sonnenplatz Platzkonzert des RFD anlässlich des Märzaufgebots der roten Jungfront. Anschließend Werbeversammlung im „Jägerhof“, Gräbener Straße. — Das Platzkonzert der Abteilung 3 des RFD, findet ebenfalls heute Freitag von 18 1/2—19 1/2 Uhr auf dem Waterlooplatz statt. Anschließend Werbeversammlung mit Filmvorführung in der „Stadt Ramlau“, Matthiasstraße 212. Eintritt frei!

Die Stadtdelegiertenkonferenz Breslaus findet Sonntag 9 Uhr bestimmt im Bergkeller, Matthiasstraße 212, statt. Es müssen anwesend sein die Delegierten der Breslauer Stadtteile und die Vertreter aus den eingemeindeten Orten.

Von der Straßenbahn getätet. Von einem Straßenbahnwagen erfasst wurde in der Kaiserstraße die Buchfabrikantin Grebe. Der Tod trat kurz darauf in der Klinik ein. Die Frau hinterläßt vier unmündige Kinder.

Schwelisch. Kameradschaftsabend des RFD. Sonnabend findet ein Kameradschaftsabend der Ortsgruppe Schwelisch des RFD im Lokal von J. J. statt. Es werden alle Kameraden der umliegenden Ortsgruppen eingeladen. Einlaß 10 Uhr.

Prodan. Deffentliche Versammlung. Sonnabend 10 30 Uhr im „Adler“, Bahnhofstraße, öffentliche RFD-Versammlung. Referent Kamerad K. O. B. Breslau. Arbeiter, erhebt sich!

Senft die roten Fahnen. . . ! Am Sonntag Demonstration an die Gräber der Breslauer Märzopfer.

Abmarsch 11 1/2 Uhr. — Der RFD tritt an: Abt. 1: „Zur Eisenbahn“, Brüderstraße 79, um 11 Uhr. — Abt. 2: Hauptplatz um 10 1/2 Uhr. — Abt. 3: Matthiasplatz um 11 Uhr. — Abt. 4: Anglerheim, Reuthenstraße, um 10 1/2 Uhr. — Abt. 5: Fante, Friedrichstraße 41, um 11 Uhr. — Abt. 6: Ebdort. — Alle Parteiposten und -genossen, alle Mitarbeiter der roten Hilfe und der anderen befreundeten Organisationen, sowie alle Arbeitervorleiter, sämtliche Leser der „Arbeiter-Zeitung“ und Sympathisierenden nehmen an der Demonstration teil!

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Das neue Stadthallenprojekt!

Von unserer Waldenburger Stadtverordnetenfraktion wird uns geschrieben: Die letzte Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit dem Bau und der Finanzierung der neuen Stadthalle beschäftigt. Der Magistratsvorlage ist zu entnehmen: ... a) Ein kleineres Projekt der Stadthalle mit einem Kostenaufwande von rund 1.100.000 Mark auszuführen. b) Die erforderlichen Mittel in Höhe von 600.000 Mark aus einer Anleihe zu decken. c) Mit dem Bau der Stadthalle Ende des Jahres zu beginnen, vorausgesetzt, daß bis dahin neben den bisher bereitgestellten 200.000 Mark noch weitere 200.000 Mark aus Reichs- oder Staatsmitteln bewilligt werden. Wir nehmen an, daß es möglich sein wird, die dann noch fehlenden 100.000 Mark durch Beiträge seitens des Kreises, der Provinz und von anderer Seite aufzubringen.

Der Magistrat erhofft durch den preussischen Minister des Innern aus Mitteln der Reichsgrenzhilfe 1927 eine Beihilfe von 200.000 Mark zu erhalten. Diese Beihilfe soll nach dem Erlaß des Ministers erst dann zur Zahlung angewiesen werden, sobald fertige Baupläne für das Projekt vorliegen und die Finanzierung für das Vorhaben gesichert ist. Nach der Vorlage des Ministers genügt zur Auszahlung der in Aussicht genommenen 200.000 Mark und zur Begründung weiterer Anträge die grundsätzliche Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung zum Bau der Halle nicht. Vielmehr müssen Beschlüsse vorliegen, die die Vermittlung des Bauvorhabens sicherstellen und in denen die erforderlichen Mittel bereitgestellt werden. Von diesem Gesichtspunkte aus ist der Magistrat nochmals in die Prüfung der Angelegenheit eingetreten und hat vorstehenden Beschluß gefaßt.

Die Idee eines Stadthallenbaues reicht sehr weit zurück. Bereits im Jahre 1910 wurde auf Veranlassung des damaligen Bürgermeisters Erdmann das erste Projekt aufgestellt, ohne daß es zur Verwirklichung des Planes kam. Nach dem Kriege, infolge der raschen Entwicklung der Stadt und der immer mehr sich verschlechternden Saalverhältnisse wurde der Ruf nach dem Bau einer Stadthalle immer lauter und dringender. Da ein solcher Bau von der Stadt nicht allein errichtet werden konnte, suchte man Staat und Reich zu interessieren. Durch die Vermittlungen der Regierungsstellen und Abgemacht ist es gelungen, eine Reichshilfe von 200.000 Mark zu erlangen. Zunächst war ein einfaches Projekt von 550.000 Mark vorgesehen, dann aber kam man bald zu dem Entschlusse, dieses Projekt zu erweitern, so daß die Baukosten auf 1.600.000 Mark stiegen. Diese Entwicklung ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, welche außerordentlich große Raumnot vorhanden ist, wo jeder Saal, jede Aula besetzt ist und keine geeigneten Theater-, Konzert- oder Versammlungsräume vorhanden sind. Dabei war der Gesichtspunkt leitend, daß man, wenn man etwas schaffen will, es so ausführen muß, daß es auch für spätere Jahrzehnte genügt und einer großstädtischen Entwicklung Rechnung trägt. Die heutigen finanziellen Verhältnisse und die Rücksicht auf die zu erwartenden Eingemeindungen und die dadurch bedingten Mehraufwendungen veranlassen eine nochmalige Behandlung der Angelegenheit. An die Aufbringung der 1.600.000 Mark, selbst bei der gewünschten Unterstützung aus Reichsmitteln, ist nicht zu rechnen. Der Bau der Stadthalle kann aber, wenn man den Tatsachen klar ins Gesicht sieht, nur dann verwirklicht werden, wenn die von der Stadt aufzunehmenden Kosten bei richtiger Einschätzung der Finanzkraft tragbar sind. Aus diesen Gründen wird von der Ausführung des großen Projekts Abstand genommen, um die Ausführung des kleineren Projekts möglichst sofort in Angriff zu nehmen. Das neue Projekt, welches einen Saal mit 1400 Plätzen vorieht, ermöglicht außerdem eine Leistung in einem größeren und einen kleineren Saal. Die getrennten Räume würden dann etwa je 1000 bzw. 400 Personen fassen. Die Finanzierung würde sich wie folgt gestalten: Aus Reichsmitteln 400.000 Mark, von der Provinz, vom Kreis usw. 100.000 Mark, aus Anleihen 600.000 Mark, zusammen 1.100.000 Mark. Rechnet man eine Verzinsung und Tilgung von 600.000 Mark mit 9 Prozent, so würde dies eine jährliche Belastung von 44.000 Mark bedeuten, falls es nicht gelingt, das Geld zu einem billigeren Zinssatz zu erhalten. Nimmt man eine Pachtmiete von rund 20.000 Mark an, so müßte die Stadt jährlich aus Steuermitteln noch einen Zuschuß von rund 34.000 Mark aufbringen; dieser Zuschuß wäre noch tragbar, weil ein Teil davon durch Steuern (Vermögenssteuer) gedeckt würde. Vor allen Dingen müssen die indirekten Vorteile in Betracht gezogen werden, die der Stadt durch den Stadthallenbau erwachsen. Denn es besteht kein Zweifel darüber, daß durch Tagungen, Versammlungen und dergleichen, die dort abgehalten werden, Geld in die Stadt hineingetragen und Handel und Verkehr belebt werden. Die neue Stadthalle dürfte auf Jahrzehnte den Anforderungen genügen.

Rachbemerkung. Die „Verantwortung“ greift die Haltung der Kommunisten an, da diese die neue Stadthalle abgelehnt, aber vorher dem 1.6 Millionenprojekt zugestimmt haben. Hierzu ist folgendes zu bemerken. Bei Beratung des 1.6 Millionenprojekts handelte es sich um die grundsätzliche Stellungnahme zum Bau der Stadthalle. Die Kommunisten stimmten damals zu. Bei den Vorbereitungen des Etats für 1928 zeigte es sich, daß der Bau zu teuer war und eine wesentliche Einschränkung erfahren. Die Bürgerlichen, welche durch die neue Stadthalle eine Stärkung des Handels erwarten, wollen aber keine Kosten zum Bau der Stadthalle übernehmen, sondern erklären eindeutig, die Stadthalle könne nur auf Kosten der übrigen Stadtaktivität errichtet werden. Mit wessen Segen könnten die Sozialdemokraten in die bürgerliche Front und dadurch nicht im entferntesten daran, eine Einschränkung des Wohnungsbaues zu verhindern. Die sollte man in auch in die 1.600.000 Wohnungsbaukosten denken, ist doch hier der Kleinbau mit genügend Wohnraum vorliegt. Die Wohnungsbaukosten werden sich bei anderer Zeit an die Daten der bürgerlichen Sozialdemokraten Front erinnern!

Wieder drei Unfälle auf der Reichsstraße. Nachdem ein am Samstag zwei Personen ins Krankenhaus gebracht werden mußten, verunglückte am Dienstag in der Wittichstraße die Frau Anna und E. H. in der 4. Abteilung. Auch sie mußten infolge schwerer Verletzungen in das Lazarett eingeliefert werden. Der Unfall, bei dem Unfälle steigt, deshalb, ihr Krampf, bringt auf Kündigung des Arbeitszeitabkommens. Bessere Arbeitszeit verändert die Unfälle!

Verkehrsunfall. Durch die Explosion eines Schwelapparatens im Eisenwerk Cröllitz von Schönbach wurden drei Arbeiter an Gesicht und Händen schwer verbrannt.

Ein Sanftmuttermord. Ein Scherhorn und Kiste wurde der geplante Anstreich am vergangenen Sonntag durchgeföhrt. Unter den Klängen der Schalmeyerkapelle des Interregnum Waldenburg ging der Marsch über Sandberg nach Seitendorf. Aus den vielen Gesängen, welche mit den Kleinbauern Kaffeebau, ist ein Fall hervorzuheben. Ein Kleinbauer steht hiesig mit Ewigkeit in Verbindung und blüht mit Stolz auf den Arbeiter- und Bauernstand. Er ist nur von dem einen Wunsch besetzt, bald ein Sanftmuttermord zu sein. Der Erfolg des Anstreichs war trotz des schlechten Wetters zufriedenstellend. Es wurden 200 Liter angestrichen.

Waldenburger Bergland ... (Text continues with local news and reports)

Waldenburger Bergland ... (Text continues with local news and reports)

Diebstähle. Wieder ist es vorgekommen, daß sich Arbeitskollegen gegenseitig bestehlen. Es wurde einem Schleppler auf dem Julius-Schacht der Abschlag von 26 Mark gestohlen. Dieser konnte ihm aber später wieder zurückgegeben werden. Dergleichen wurde einem im Quartier befindlichen Schleppler der Betrag von 12 Mark gestohlen. Die Täter verdienen die schärfste Verachtung aller Arbeitskameraden.

Christ die Märzgefallenen! Kommt in die Veranstaltung der Kommunistischen Jugend am Sonntag um 19 Uhr nach Vörsgrund in Jakob-Gasthaus. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose und Invaliden 30 Pfennige.

Freiburg

Stadtverordnetenversammlung

Die letzte Stadtverordnetenversammlung war von Zuhörern, in der Hauptsache von Erwerbslosen, sehr gut besucht. Die Stühle der SPD waren leer bis auf einen. War etwa ihr Herz für die Minderbemittelten plötzlich verschunden? Bei der Wahl eines Bezirksvorstehers stand ein Stahlhelmandidat, der Schneidmester Trautmann, Kirchstraße, dem Uhrfabrikarbeiter Karl Dienert gegenüber. Trautmann wurde mit neun gegen sechs Stimmen gewählt. Dem Krankenhaustarif wurde zugestimmt, bis auf verschiedene reaktionelle Änderungen, die von der SPD-Fraktion gestellt waren. Die Posten für Reparaturen am Waldheim wurden bewilligt. Die Beihilfe zur Pflasterung an der evangelischen Kirche in Höhe von 2000 Mark wurde von neun Bürgerlichen gegen fünf Stimmen der SPD genehmigt. Die Anschaffung von neuen Verkehrsschildern wurde, weil der Satz von 1300 Mark zu hoch erschien, abgelehnt, diese sind aber schon angefertigt und stehen zum Teil schon. Hier war es interessant, vom Stadtrat der SPD, Jäger, den Ausspruch zu hören: „Dann wird überhaupt nichts mehr gemacht.“ — 6000 Mark für das Stadttor wurden genehmigt mit der Maßgabe, daß nur Erwerbslose von Freiburg eingestell werden. Weiter werden von den Bürgerlichen 500 Mark dem Kommissarius bewilligt, wenn derselbe am 1. April seine Wohnung räumt. In Freiburg gibt es noch viel Geld, natürlich nur für Bürgerliche. Die neun Bürgerlichen stimmten gegen fünf SPD-Stimmen. Der zukünftigen Belegung der Kommissariatsstelle wurde zugestimmt. Die Umzugskosten in Höhe von 130 Mark für einen Lehrer wurden genehmigt. Dann kam man zur Behandlung eines Dringlichkeitsantrages von den Erwerbslosen. Nach den üblichen Neben

der Bürgerlichen („Die Leute wollen nicht arbeiten“ usw.) kam der Genosse Krusch zum Wort. Er beantragte, 7000 Mark dem Wohlfahrtsamt zur Verfügung zu stellen, damit die Ausgesteuerten und Feilschunterstützungsempfänger allmählich dieselbe Unterstützung beziehen, als wenn sie voll unterstützungsberechtigt wären. Dieses wurde von den Bürgerlichen abgelehnt. Es sollen nur diejenigen eine Beihilfe bekommen, die einen Antrag an das Wohlfahrtsamt stellen. Wie diese Anträge behandelt werden, weiß nur der, der das Wohlfahrtsamt schon einmal gebraucht hat. Der weitere Antrag der SPD wurde angenommen, und zwar, sobald als möglich Arbeit zu beschaffen. Dem Antrag auf Eingemeindung des Gutsbezirks Fürstentstein wurde zugestimmt.

Eine öffentliche Versammlung der Erwerbslosen und Arbeiter findet am Montag um 10,30 Uhr im „Goldenen Anker“ statt.

Landeshut

„Gegen den Strom.“ Anlässlich des Märzgebots der Roten Front veranstaltet die hiesige Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes am Sonnabend, dem 17. März, eine Theateraufführung im Schützenhaus. Zur Aufführung gelangt das 25-Szenen-Neue-Drama „Gegen den Strom“. Das Stück kommt der im August aufgeführten „Internationale“ gleich, die mit so großem Beifall von der hiesigen Arbeiterschaft aufgenommen wurde. Da die Spieldauer drei Stunden ohne große Pausen beträgt, beginnt die Aufführung Punkt 7 Uhr. Der Eintrittspreis ist in Anbetracht der großen Ausgaben äußerst minimal und beträgt 50 Pf. auf allen Plätzen.

Liebau. Räumungsfrage angebroht. Man schreibt uns: Gegen einen Mieter in dem Richardtschen Fabrikgebäude, Markt 6, ist eine Räumungsfrage angebroht worden. Als Grund wird Verunreinigung des Hofes durch Dunghaufen angegeben, obwohl der Mieter keinerlei Vieh besitzt. Ebenfalls wird ihm zum Vorwurf gemacht, seinem Schwiegersohn Unterkunft gemietet zu haben. Das, obwohl die Firma der verheirateten Tochter des Mieters die Miete allmonatlich abzieht, die Tochter dort bereits jahrelang und der Vater seit sechs Jahren arbeitet. Der Mieter vermutet, daß die Räumungsfrage auf Bestrebungen des Vizemaires Kazar zurückzuführen ist, der sich in den Besitz der Wohnung setzen will. Wir protestieren gegen die Absicht der Ermittlung und verlangen, daß der Mieter in Ruhe gelassen wird!

Krausendorf. Ein Lichtbildvortrag mit dem Thema „10 Jahre Sowjetrußland“ findet heute Freitag um 20 Uhr im Gasthaus „Zur Drechsel“ statt.

Niederschlesien

Görlitz

Ganzfrauen, Arbeiterinnen! Heraus zu der am Freitag, 20 Uhr, im Lokal „Zur Altkäse“ stattfindenden Versammlung. Thema: „Warum haben wir nicht das Notwendigste zum Leben?“ Referentin Genossin Sahnec-Breslau. Eintritt 10 Pfennige.

Alles heraus zur Demonstration am Sonntag zu Ehren der Märzgefallenen

Antreten 13.30 Uhr am Nikolagraben

Polizeibeamten-Versammlung

Die Ortsgruppe Görlitz des Verbandes preussischer Polizeibeamten hielt am Montag im vollbesetzten Saal der „Ressource“ eine außerordentliche Hauptversammlung ab, zu der die Vertreter der Behörden und politischen Parteien geladen waren. Als Referent sprach Polizeihauptmann A. Stiering-Berlin über die wirtschaftliche Lage der preussischen Polizeibeamten nach den Auswirkungen des Polizeibeamtengesetzes und der Preussischen Befolgsungsordnung. Aus seinen Worten war zu entnehmen, daß die unteren und mittleren Polizeibeamten durch diese Gesetze unter eine Ausnahme gestellt worden sind. An der Aussprache beteiligten sich nur die Vertreter der politischen Parteien. Im Auftrage der kommunistischen Partei wies Genosse Ulrich hin auf die verschiedenen Methoden des Kampfes der Beamten um ihr Recht, die vom Referenten gestreift wurden. Der Schreiber-Verband hat in dieser Frage gut gearbeitet und vor allen Dingen verstanden, in der Bundeszeitung die Mitglieder weitestgehend für den notwendigen Kampf um ihre Interessen zu interessieren. Genosse Ulrich erinnerte an die Drohungen des sozialdemokratischen preussischen Innenministers im vorigen Jahre gegen die Leitung des Schreiber-Verbandes, als dieser den Abwehrkampf gegen das Polizeibeamtengesetz organisierte. Diese Drohungen stellten eine Verletzung der Koalitionsfreiheit der Beamten dar und zeigten, daß das Ministerium entschlossen war, mit allen Mitteln seine Absichten durchzuführen. Ebenso entschlossen müssen die Polizeibeamten bereit sein, alle Mittel für die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen in der Tasche zu werfen. Wenn der Referent darauf hinwies, daß die Polizeibeamten sich für die soziale Befreiung anderer Arbeiterkategorien interessieren wollen, zeigt das, welcher enge Zusammenhang zwischen diesen Gruppen besteht. Wenn die Beamten die Konsequenzen aus ihrem bisherigen Kampf um ihre Rechte ziehen, wenn sie Seite an Seite mit der Arbeiter- und Angestelltenkategorie für ihre Forderungen eintreten und dies betrachten als einen notwendigen Kampf gegen das jetzt bestehende System, nur dann haben sie die Gewähr, daß ihr Kampf erfolgreich endet. In diesem Kampfe wird die kommunistische Partei immer auf Seiten der ausgebeuteten Beamten stehen. Polizeimeister Frau als Vorsitzender der Ortsgruppe Görlitz ergänzte noch die Ausführungen des Referenten und brachte Wünsche der kommunalen Polizeibeamten vor.

Waldenburger Bergland ... (Text continues with local news and reports)

Waldenburger Bergland ... (Text continues with local news and reports)

Waldenburger Bergland ... (Text continues with local news and reports)

ist auch üblich, daß die Inhaftierten noch in der Zelle auf der Stadtstraße mit dem Gummihammer bearbeitet werden. Wir verlangen, daß die Nachwachbeamten ihr Verhalten ändern. Sollte das in Zukunft nicht geschehen, so müssen unsere Vertreter im Stadtparlament einmal hierzu Stellung nehmen.

Bunzlau

43,20 Mark für den Wahlfonds gesammelt. Von Bunzlauer Genossen wird uns geschrieben: Wie sehr das Ansehen der SPD gewachsen ist, bewies der Erfolg unseres ältesten Genossen, des 61-jährigen Arbeiters Kuhn, der auf seiner Wahlsonderrundreise Nr. 16512 einen Betrag von 43,20 Mark abheften konnte. Gelpendet haben ungefähr 70 kleine Geschäftskente. Dieser Erfolg wirkte außerordentlich durchschlagend auf sämtliche Genossen. Also gute Wahlausichten. Bravo, Gustav! Das hast Du fein gemacht! So arbeitet der Sohn eines 48er-Revolutionärs!

Sagan

Arbeitergesangskonzert. Der Arbeiter-Männergesangsverein „Liederschlag“ feiert am Sonnabend im Volkshaus sein 32. Stiftungsfest unter Mitwirkung des Arbeiter-Mandolinen- und Gitarrenchors. Der Verein hat sich in dankenswerter Weise bei Veranstaltungen aller Arbeiterorganisationen, auch der SPD und des KFD, zur Verfügung gestellt. Schon deshalb ist der Besuch allen Arbeitern zu empfehlen. Der niedrige Eintrittspreis von 50 Pf., Erwerbslose 30 Pf., ermöglicht es jedem Arbeiter, die Veranstaltung zu besuchen.

Aus dem Riesengebirge

Großfeuer in Stonsdorf. Durch ein großes Schadenfeuer wurde die Besetzung des Landwirts Paul Hiesher in Ober-Stonsdorf, bestehend aus Wohnhaus und Scheune, vollständig vernichtet. Es konnte nur wenig gerettet werden. Auch vier Schweine kamen in der Flamme um. Man vermutet Brandstiftung.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Breslau.**
 - Stadtteil 1 (OH). Freitag 20 Uhr außerordentliche Mitgliederversammlung Restaurant Weibtschloß, Weibtschloßstraße. Mitgliedsbuch mitbringen. Ref. Reim.
 - Stadtteil 2. Freitag 19 Uhr bei Kommerzstraße, Trebnitzer Straße 15, Stadteileitung, 20 Uhr Gesamtfunktionärsführung.
 - Stadtteil 4. Freitag 20 Uhr Jellensammlungen. 1 — bei Janke, Friedrichstr. 41. 2 — bei Schneemann, Cadowstr. 8.
 - Friedland.** Sonnabend 20 Uhr im „Anker“ Versammlung. KFD, Sympathisierende und Zeitungsleser sind eingeladen.
 - Ober-Gersdorf.** Sonntag 18 Uhr im Gerichtskreischam Markt, gefallenenfeier.
- Kommunistischer Jugendverband**
- Breslau.**
 - 1. Nord. Die Freitag-Funktionärsführung fällt aus. Dafür Montag 20 Uhr bei Heidenreich.
 - Roter Frontkämpferbund**
 - Breslau.**
 - Abt. 2. Sonnabend 19 Uhr Antreten Laurentiusstraße zum Kameradschaftsfest nach Schwoilich.
 - Abt. 5. Spielleute Sonntag 10 Uhr, Turmhof.
 - Unterregan Waldenburg.** Die Vortragerversammlung findet am Sonnabend in Nieder-Hermsdorf, Vorkerkshütte, um 18 Uhr statt. Referent anwesend.
 - Freiburg.** Sonnabend 20,30 Uhr Mitgliederversammlung. Referent: Kamerad Thomas-Breslau.
 - Altwasser.** Freitag 19 Uhr Kameradschaftsabend im „Kreuz“.
 - Waldenburger Bergland.** Sonnabend 19 Uhr Kameradschaftsabend aus.
 - Landeshut.** Freitag 19 Uhr Antreten zum Generalappell am Vereinslokal.

Sonstige Organisationen

- Arbeiterchöre.** Sonntag 19 Uhr im „Bergkeller“ Nebungslehren mit Angel- und Holzbüchse. Gäste willkommen.
- Deutscher Arbeiterverband.** Sonntag 9 Uhr Mitgliederversammlung im „Deutschen Hause“ — 8 Uhr Vorstandssitzung.
- Arbeiterkameraden.** Sonntag 13 Uhr Massagelust. 15 Uhr Lehrkursus. Nachher Unterhaltungsabend. Zahlreiche Beteiligung erwünscht.
- Altwasser. Rote Hilfe.** Sonntag 8 Uhr alles am Turmhof zur Werbung.
- Stritzgau. Gefangenenverein „Frei Echo“.** Freitag 20 Uhr Bühnenprobe. Alle Mitwirkende zur Stelle. Lokal: „Merquelle“.